

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Albert, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49. Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Bräunmerende zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangolohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf., per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.50 Mk. In der Fremde und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und Illustrierte Nummern 10 Pf. — Inzertionsgebühren: die sechsgepaaltene Zeile 15 Pf. Vollzeitspalt 30 Pf. —

Nr. 264.

Magdeburg, Mittwoch den 9. November 1904.

15. Jahrgang.

Die italienischen Wahlen.

Die Wahlen in Italien, die von der Regierung ausgeschrieben wurden, um die Situation zu klären, um die Regierung von der extremen Linken vollständig loszulösen, sind zugunsten des Ministeriums ausgefallen. Von den 508 Wahlen, die vorzunehmen waren, sind bis Montag um Mitternacht 492 Ergebnisse bekannt geworden. Gewählt wurden 294 Ministerielle, 46 Mitglieder der konstitutionellen Opposition, 27 Radikale, 25 Sozialisten und 16 Republikaner. Bisher sind 84 Stichwahlen erforderlich. In der letzten, aufgelösten Deputiertenkammer hatten die Radikalen 46 Sitze, die Sozialisten 33 und die Republikaner 26.

Die Wahlen wurden vorgenommen unter offener Kriegserklärung gegen den Sozialismus. Die bürgerliche Presse in Italien und Deutschland behauptet schon — im vornehmlichen Jubeln — die Herrschaften immer voran —, daß die Sozialisten schlecht abgeschnitten hätten. Der „Vorwärts“ will das nicht gelten lassen; er veröffentlicht zum Zweck der Widerlegung folgende Privattelegramme aus Rom vom 7. d. M.:

Bis jetzt gewählt 23 Sozialisten, 16 wiedergewählt, 8 neue gewählt. Es haben 27 Stichwahlen zwischen Sozialisten und den bürgerlichen Parteien stattgefunden, wovon 8 bisher sozialistische Kreise betreffen. In 19 Kreisen findet zum erstenmal Stichwahl statt. Unterlegen sind die Reformisten Maro und Mariano, die Genossen Bossi, Albertelli, Cicotti, Varazzani. In Mailand wurden Turati und Cabrini wiedergewählt, ferner ein Meritale, der erste Meritale im Parlament, außerdem ein Konservativer. Zwei Konservative befinden sich in Stichwahl mit Radikalen. Ferri wurde einmal gewählt und befindet sich dreimal in Stichwahl. Costa und Bissolati wurden zweimal gewählt. In Rom, Florenz, Turin, Ravenna und Genua finden sozialistische Stichwahlen statt. In ganzen Lande ist ein großer Stimmenzuwachs für die Sozialisten zu verzeichnen. Die republikanische Partei erlitt eine empfindliche Niederlage, sie verliert hervorragende Vertreter. Der flüchtig gewordene Exminister Nasi wurde in Trapani mit ungeheurer Mehrheit gewählt. Die letzte Wahl ergab 9 sozialistische Stichwahlen und 26 Gewählte.

Endresultat: Gewählt wurden 24 Genossen außer Turati und Defelice. In Stichwahl befinden sich 29 Genossen. Chiesa kommt in Genua in Stichwahl mit Guastavino. Im ersten Genueser Wahlkreise kandidierte gegen Chiesa der liberale Oppositionskandidat Marquis Imperiale und der ministerielle Guastavino. Es kam am Vorabend der Wahl zu einer Zersplitterung der sozialistischen Stimmen, dadurch, daß die sozialistischen Arbeiter empört darüber waren, daß Chiesa nach Mailand gegangen war, um die Kandidatur Turatis gegen die des Parteikandidaten zu vertreten. Die Arbeiter erklärten am Vorabend der Wahl, als Zeichen des Protestes nunmehr unbeschriebene Stimmzettel abgeben zu wollen.

Aus diesen Telegrammen ergibt sich, meint der „Vorwärts“, daß die sozialdemokratische Fraktion nicht nur ungeschwächt in das Parlament zurückkehren wird, sondern daß sie wahrscheinlich noch einige Sitze gewinnen dürfte. Bei der letzten Wahl wurden 26 Sozialisten gewählt. Diese 26 Sozialisten sind auch jetzt wieder gewählt worden, sofern man Turati und Defelice mitrechnet; während aber bei der vorigen Wahl nur 9 Sozialisten an der Stichwahl beteiligt waren, sind diesmal deren 29 beteiligt. Schon hieraus ergibt sich, daß der sozialistische Stimmenzuwachs ein erheblicher sein muß.

Daß die Sozialdemokratie in Italien keinen größeren Erfolg zu verzeichnen hat, liegt an der ganzen Situation. Auf der ganzen Linie wurde gegen sie gekämpft, während das letztemal die Republikaner und die Radikalen mit den Sozialisten zusammen gingen. Der Generalstreik hat es zu einer grundsätzlichen Scheidung der Geister gebracht. Er scharte nicht nur alle bürgerlichen, namentlich auch Kleinbürgerlichen Elemente um das Banner der ministeriellen Parteien, sondern er führte auch zur Scheidung zwischen den Sozialisten und den Linken. Diese Scheidung hat allerdings eine schwere Niederlage der äußersten bürgerlichen Linken zur Folge gehabt. Während die Radikalen im letzten Parlament 46 Sitze innehatten, haben sie jetzt nur 23 Sitze errungen, wozu noch vier für sie günstige Stichwahlen kommen. Nicht besser haben die Republikaner abgeschnitten, die im letzten Parlament über 26 Sitze verfügten, während sie bis jetzt nur 12 Mandate erobert haben und in vier Wahlkreisen in günstiger Stichwahl stehen. Dabei ist allerdings zu beachten, daß noch nicht das gesamte Wahlergebnis vorliegt. Was Turatis Wahl in Mailand anbelangt,

so ist dabei zu berücksichtigen, daß Turati in den Wahlen eine radikalere Haltung eingenommen hat als vorher. Er erklärte sich nicht nur unbedingt für das Streikrecht, sondern er erklärte auch, daß die Sozialisten sich nicht damit begnügen dürften, die Aufgaben der bürgerlichen Demokratie zu erfüllen. Auch behauptete er, daß ihm kein radikaler Gegenkandidat gegenüberstehe.

Die Wahlbeteiligung war eine sehr starke. Sie war erheblich größer als im Jahre 1900, wo rund 60 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmen abgaben. Nicht nur die von Giolitti ausgegebene Parole der Sammlung aller staatsverhaltenden Elemente steigerte die Wahlbewegung der bürgerlichen Kreise. Auch der Papst hatte den strenggläubigen Katholiken ausdrücklich Erlaubnis erteilt, sich an den Wahlen zu beteiligen, um die Kandidaten des Umsturzes zu Fall zu bringen.

Berücksichtigt man alle die Umstände der diesmaligen Wahl, so wird man den Jubel der bürgerlichen Presse über die angebliche Niederlage der Sozialisten durchaus unangebracht finden. Gaben doch die Sozialisten nicht nur alle Aussicht, ihre Mandate zu behaupten und noch einige hinzuzugewinnen, sondern ist doch die sozialistische Stimmenzahl trotz aller Sammlungspolitik offenbar nicht unerheblich gewachsen. Um die ganze Tragweite der Wahl beurteilen zu können, wird es allerdings nötig sein, das genauere Ergebnis abzuwarten.

Das wird allerdings nötig sein. Vermutlich wird dann auch die eine und andere Schlußfolgerung des „Vorwärts“ zu korrigieren sein. Vor allem aber verbreiten die bisherigen Ergebnisse nicht das geringste Licht über das Verhältnis, in dem die Radikalen und Reformisten sowohl an den Gewinnen wie an den Verlusten beteiligt sind.

Es wird wohl nicht möglich sein, bis zu einer stichhaltigen Aufrechnung vornehmen kann.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 8. November 1904.

Stengels Pleite.

Das erste Jahr, in dem die Spahn-Stengelsche Finanzreform ihre Wirksamkeit entfaltet, wird, wie jetzt bekannt wird, mit einem größeren Defizit abschließen als irgend eines zuvor. Es heißt, daß der neue Reichshaushalt den schlechtesten Abschluß seit sieben Jahren, d. h. seit dem eigentlichen Beginn des akuten Reichsfinanzjammers, bringen werde.

„Ordnung und Uebersichtlichkeit“ in den Haushaltplan des Reichstags zu bringen, war ja wohl nach seinen eignen Erklärungen die Absicht des Reichschatzsekretärs v. Stengel. Nun haben wir die gerühmte Ordnung und Uebersichtlichkeit bekommen, und die Folge ist dieselbe, wie bei der Bücherrevision eines bankrotten Geschäfts. Es wird nur noch klarer, daß nichts damit gewonnen wird, wenn man das Geld aus einem Topfchen ins andre schüttet, und daß es nur drei Möglichkeiten gibt: Einschränkung der Ausgaben, Vermehrung der Einnahmen oder aber immer tieferes Versinken in eine unabsehbare Schuldenwirtschaft.

Obwohl nur die gegenwärtige Weltlage die beste Möglichkeit eröffnet, auf dem Gebiet des Militarismus die allergrößte Sparbarkeit walten zu lassen, erfährt man, daß gerade umgekehrt verfahren werden soll, daß neue große Militärvorlagen drohen. Von einer Einschränkung der Ausgaben kann also unter dem gegenwärtig herrschenden System gar keine Rede sein.

Vor einer Vermehrung der Einnahmen ist man aber bisher ängstlich zurückgeschreckt. An die Erschließung jener Einnahmequellen, auf die die Sozialdemokratie täglich hinweist, an Reichs-Einkommen, Reichs-Vermögens-, Reichs-Erbschaftsteuern will man nicht denken, weil man zu gut weiß, wie wenig die besitzenden Klassen bereit sind, die Kosten ihrer Politik auch selber zu bezahlen. Andererseits aber weiß man ebenso gut, daß eine Vermehrung der indirekten, den Massenverbrauch belastender Steuern die größte Aufregung im Lande hervorrufen und dem „Umsturz“ ungegähnte neue Anhänger zuführen würde. Dabei vergißt man aber hinwiederum, daß die Widerstandskraft der Opposition mit jedem Tage wächst, und verschiebt die „große“ Finanzreform bis zu dem Zeitpunkt, in dem auch der neue Zolltarif sein Unvermögen, das Reichsdefizit zu decken, bewiesen haben wird.

Mit der „kleinen“ Finanzreform aber haben wieder einmal die sozialdemokratischen Märgler recht behalten. Geholfen ist mit ihr gar nichts.

Die Militärämter.

Das preussische Abgeordnetenhaus verhandelte am Montag zunächst in mehr als zweistündiger Debatte über einen konservativen Initiativantrag, der Gehaltsaufbesserung für die im Staats- und Kommunaldienst beschäftigten Militärämter forderte.

Nach der begründenden Rede des Herrn v. Willisen schloß der Präsident bereits die Debatte, als der Finanzminister das Wort erbat, um in längerer Rede nachzuweisen — was von der Regierung im Militärstaat Preußen gewiß ohne weiteres glaubhaft sein —, daß die Militärämter eher besser denn schlechter gestellt seien als die Zivilämter. Seine Rede überzeugte aber die konservativen Uniformschwärmer und auch die nationalliberalen nicht; mit verdoppeltem Eifer trugen die alten Offiziere die Klagen und Wünsche vor, die ihnen ihre ehemaligen Unteroffiziere ans Herz gelegt hatten. Es kam auch die Behauptung, daß die Stadt Berlin die in ihrem Gemeindefunktionären Zivildienstleistungen leistenden „noch“ schlechter behalte als der Staat. Aber in diesem Punkte hatte sich der Eifer der Herren von den Rechten, der um so ruhrender wirkte, um man sich ihrer Fürsorge für die Staatsarbeiter, etwa die im Eisenbahndienst beschäftigten, und die unteren Staatsbeamten, z. B. die Volksschullehrer, erinnere, vergriffen.

Der Berliner Abgeordnete Rosenow und der Berliner Stadtrat Fischel wiesen mit Hilfe eines zwingenden Zahlenmaterials überzeugend nach, daß die Militärämter in Berlin bei einem Anfangsgehalt von 1900 Mark und einem Höchstgehalt von 4000 Mark sich besser als im Staatsdienst pänden. Man laßt darüber, daß Friedrich der Große seine ehemaligen Unteroffiziere zu Volksschullehrern machte; heute würden es die Militärämter geborjamt ablehnen, mit den Jugendberühmten in Ostelbien zu tauschen. Der Beweisstrahl der angeführten Zahlen konnte sich außer dem Abg. Hammer auch die Rechte nicht entziehen; wohl oder übel mußte sie den Antrag zur Vorprüfung des Materials an die Budgetkommission verweisen. Sehr komisch nahm es sich dabei aus, daß der preussische Polizeipräsident Herr v. Hammerstein das Haus eindringlich warnte, überhaupt irgendwie in die Selbstverwaltung der Gemeinden einzugreifen; diese hätten das Recht, die Gehälter ihrer Beamten zu festzusetzen, wie es ihren Bedürfnissen entspreche.

Das schlechte Beispiel dieser langen Debatte, nebst der über die Herabsetzung des Präsidenten erledigt zu werden. Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Debatte ist geschlossen; da kein Widerspruch erfolgt, stelle ich ohne besondere Abtinnung fest, daß der Kommissionsantrag angenommen ist. Heute aber blühte sich an fast jede der Petitionen eine mehr oder minder ausgedehnte Erörterung.

Zunächst schloß sich an den verhandelten Antrag eine ganze Flut von Militärämterwünschen an. Hatte die Kommission Uebergang zur Tagesordnung vorgeschlagen, so beschloß das Plenum Ueberweisung zur Erwägung. Und lag von dieser der Antrag auf Erwägung vor, so stimmte das Haus für Ueberweisung zur Berücksichtigung, so daß schließlich der Vorsitzende der Budgetkommission, Dr. Herr v. Erffa, ängstlich bemerkte, man werde ja der Kommission auf diese Weise die ganze Luft an der Arbeit raublich, weil er ja im Winter später selbst für Abänderung eines Kommissionsbeschlusses ein.

Von den übrigen Petitionen sei die des Oberbürgermeisters von Remscheid erwähnt, die eine Abänderung des Kommunalgesetzgebungsgesetzes in dem Sinne wünscht, daß die Kommunen ihre Einkommen auch mit dem Einkommen aus außerhalb des Stadtkreises betriebenen Unternehmungen zur Steuer heranziehen können. Sie wurde nach dem Kommissionsantrag der Regierung als Material überwiesen.

Niel weiter kam das Haus in der Erledigung der in gewaltiger Zahl vorliegenden Petitionen nicht. Es verabschiedete sich, und zwar entgegen dem Antrag des Präsidenten, der schon Mittwoch wieder eine Plenarsitzung abhalten wollte, bis zum 21. d. Monats. Dann sollen weitere Petitionen und kleinere Anträge aufgearbeitet werden.

Neue Russendienste?

Eine höchst merkwürdige Geschichte, die noch der näheren Aufklärung bedarf, weiß die Berliner „Zeit am Montag“ zu erzählen. Am letzten Donnerstag ist nämlich in Berlin eine junge Russin Janna Wärsön frühmorgens um 7 Uhr aus dem Bett heraus verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Dem Bräutigam der Dame, einem Reichsdeutschen, wurde von der Polizei der Bescheid, daß sich seine Braut keineswegs gegen das deutsche Gesetz vergangen habe und daß es sich überhaupt nur um eine administrative Aktion der Polizeibehörde (??), nicht um eine strafrechtliche Angelegenheit handle. Da aber eine Strafverfolgung nicht beabsichtigt ist, glaubt die Polizei nicht verpflichtet zu sein, ihrer Gefangenen eine Unterredung mit ihrem Rechtsanwalt (!!) zu gestatten. Dr. Viktor Franke habe den Bescheid erhalten, daß Fräulein Wärsön bereits eine Vollmacht für ihn unterschrieben habe, doch sei ihm nicht bestimmt erklärt worden, daß ihm diese Vollmacht auch ausgehändigt werden würde. Ob das geschehe, sei ganz in das Belieben des Polizeipräsidenten gestellt!

Die „Zeit am Montag“ ist der Meinung, daß Fräulein Wärsön auf Grund irgend einer Denunziation von der russischen Polizei verfolgt und nun von deren gehorjamer Dienerin, der preussischen, an die Kasse ausgeliefert werden sollte. Bestätigt sich die Darstellung und Mutmaßung dieses bürgerlichen Blattes, dann wird dadurch beinahe alles in den Schatten gestellt, was vor Königsberg passiert ist. Die optimistische Meinung, der innere Russenkurs in Preußen

Fühlte sich durch die entsetzlichen Blamagen, die er erlitten hat, doch ein wenig beschämt und beobachtete eine gewisse Zurückhaltung, wäre damit vollkommen widerlegt. Es würde bewiesen sein, daß der Ekel und die Verachtung, die heute die ganze zivilisierte Welt dem mörderischen Despotenstaat im Osten entgegenbringt, das gegenwärtige preußisch-deutsche Regime nicht daran hindere, unter Verletzung des Gastrechts immer neue Menschenopfer der Barbarei auszuliefern.

Für die Beschlagnahme deutscher Postdampfer, das Zusammenziehen eines deutschen Schiffs, die neuerliche Verletzung der deutschen Flagge in der Ostsee, die Beschließung eines harmlosen Handelschiffs rebanchiert sich Deutschland durch die Auslieferung von Deserteuren und aller derjenigen russischen Untertanen, auf die die Petersburger Polizei nur mit dem Finger zeigt. Die Weltgeschichte kennt keinen Fall, in dem die Vorschrift „So dir einer einen Streich auf die rechte Wange gibt, biete ihm auch die linke an“ mit so peinlicher Gewissenhaftigkeit befolgt worden wäre!

Ein Garbe-Schadchen.

Graf Baudissin, der Verfasser des Romanes „Erstklassige Menschen“, hat es als Angeklagter unterlassen, den Wahrheitsbeweis für seine Schilderungen zu führen. Bald darauf aber kam vor dem Berliner Landgericht ein anderer Prozeß zur Verhandlung, dessen Material eine fatale Ähnlichkeit mit dem Inhalt des Baudissinschen Romans hat. Das Milieu, das Baudissin „dichterisch“ geschildert hat, erschien in seiner Wirklichkeit vor Gericht.

Am Montag verhandelte nämlich die erste Strafkammer des Berliner Landgerichts I gegen die Bucherin, Kupplerin und Heiratsvermittlerin Gartert, die schon in früheren Sensationsprozessen zu einer gewissen Berühmtheit gelangt ist. Das ehrenwerte Gemerbe dieser würdigen Dame bestand darin, geldbedürftige Offiziere an sich zu ziehen, ihnen gegen Bucherzinsen Darlehen zu gewähren und ihre Schuldner sodann in die jüdische Hochfinanz hineinzuverheiraten. So hatte der frühere Premierleutnant Freiherr v. Maljahn die Dienste der Frau Gartert in beiden Richtungen, Darlehens- wie Heiratsvermittlung, in Anspruch genommen. Der Freiherr angelte richtig ein Präulein Rosenfeld; die unverschämten Ansprüche aber, die die Vermittlerin dieser im Himmel geschlossenen Ehe stellte, veranlaßten den Papa Rosenfeld, das Spiel der Angeklagten aufzudecken und sie der Gerechtigkeit zu überliefern. Außerdem hatte die Angeklagte mit dem früheren Hauptmann v. Klöck und dem verstorbenen Leutnant Freiherr v. Kettelblad, der durch Selbstmord endete — und wer weiß, mit wieviel „Verschämten“ noch? — ähnliche Geschäftsbeziehungen unterhalten.

Das Wort von den „bedauerlichen Einzelfällen“ wird natürlich auch bei der Beurteilung dieses Skandalprozesses prompt seine Anwendung finden. Aber wie kam die Dame Gartert überhaupt zu dieser Geschäftsart? Betreiben zu

übrig gelassen. Frau Gartert führte ein großes Haus und empfing die vornehmsten Besuche; sie bewegte sich als tadellose Weltkame in der erstklassigen Gesellschaft. Sie verfügte über die ausgezeichnetsten Verbindungen. So konnte sie sich im Falle Maljahn eines Grafen von Königsdorff als Schlepplers bedienen; dieser Graf war es, der den Heiratskandidaten in das Haus des Generalkonsuls Landau einführte und ihn dort mit seiner Zukünftigen bekannt machte.

Sollte nun die vornehme Gesellschaft Frau Garterts Geschäft vielleicht nicht gekannt haben? Auch das ist völlig ausgeschlossen; bei der Ausdehnung ihrer geschäftlichen Beziehungen und der alles durchdringenden Klatschkunst, die gerade dieser exklusiven Kreise anhaftet, kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die „Erstklassigen“, die sich Frau Gartert erschlossen, in den meisten Fällen sehr genau wußten, mit wem sie es zu tun hatten. Es ist eben erst in Meiningen die hochwichtige Ehrenfrage zur Entscheidung gebracht, ob Reserveoffiziere mit einem Sozialdemokraten an einem Tisch sitzen dürfen; — man erinnere sich beispielsweise an die Hatmlosen-Affäre —, haben erstklassige Kreise dem schmutzigen Verbrechertum gegenüber kein noch so geringes gesellschaftliches Feingefühl bewiesen.

Schulknabe und Majestät.

Unter dieser Epithete schreibt die „Berliner Zeitung“, ein bürgerliches Blatt, das auf sein monarchisches Gefühl besonderen Wert legt, über den gestern von uns rubrizierten Fall, wonach ein 13-jähriger Junge von der Strafkammer in Vissa (Posen) wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, das Folgende:

Ubelbert Orzabla heißt der Bengel und stammt aus dem Dorfe Woszykowo, ist also, Gott sei Lob und Dank, kein Germane und kein Pole. Sein Lebenswandel war derart, daß man sich schon darauf gefaßt machen konnte, ihn in seinen jungen Jahren unter den Feinden von Thron und Altar zu sehen; er hat, wie berichtet wird, schon einmal dem Lehrer mit dem Messer gedroht, hat die Leute mit Steinen geworfen und hat auch schon mit einem alten Zergerol geschossen. Und dann hat er sich — versteht sich — topfüber in die Politik gestürzt. Auf der Dorfstraße unterhielt er sich mit einigen andern Schuljungen über den polnischen Aufstand des Jahres 1863 und kritisierte dabei das Verhalten der preussischen Regierung gegen die Insurgenten in höchst abfälliger Weise. Dann verdrückte er sich über den russisch-japanischen Krieg und untersuchte, ob die Haltung der deutschen Regierung mit den Grundgesetzen der Neutralität immer im Einklang gestanden habe. Er kam dabei zu einem negativen Resultat und formulierte seine Schlussfolgerungen so kräftig, daß das monarchische Gefühl seiner Hörsen dadurch gründlich verletzt wurde. Er soll sogar, wie berichtet wird, mit beiden Füßen gestampft haben, um seiner Meinung einen besonders starken Ausdruck zu verleihen.

Wenn wir uns recht erinnern, so ist Orzabla nicht der erste Schuljunge, welcher die Majestät beleidigt hat. Es ist schon einmal ein Zwölfjähriger wegen dieses Ver-

wechens eingesperrt worden. Aber was die äußere Aufmachung der Majestätsbeleidigung anbetrifft, so hat dieser Polemische jeden Rekord geschlagen. Daher muß er nun freilich auf 3 Monate ins Loch. Der zwölfjährige Junge kam, irren wir nicht, mit 14 Tagen davon. (Wir glauben, mit einem Verweise. Red. b. „Volkst.“)

Nun, Ubelbert Orzabla ist ein Pole und schon darum weit schlechter als der Straußpeter, der Suppenkasper und der bitterböse Friedrich, der die Tisch- und Stühle losstieß, und von dem die großen Krieger litten. Aber er ist doch immerhin ein Knirps, und daß dieser Knirps bis an die Majestät hinaufreichen konnte, die Majestät, die so hoch erhaben über allem Menschlichen ist, die von der Gnade Gottes stammt und mit Gott in unmittelbarer Verbindung steht, das will uns doch nicht einleuchten, obwohl wir es tagtäglich erleben, daß Stroche, Schnorrer und alte Weiber am Waschfaß der Majestät zu nahe kommen können.

Formal juristisch angesehen, mußte ja der Orzabla wohl bestraft werden; seine Äußerungen erfüllten die Tatbestandsmerkmale des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen, und das Alter der Strafmündigkeit hat er überschritten. Das Gericht mußte sich demnach mit dem dummen Jungen befassen, nachdem seine Nebenarten zur Kenntnis der Beschöde gekommen waren. Aber mußte es ihn denn auch gleich einsperren? War es denn nicht genug, ihm sein ungehöriges Betragen zu verweisen und ihn mit diesem Verweise davonkommen zu lassen?

Überall begegnet man der Ansicht, daß das Ansehen der Majestät nicht gewinnt, wenn durch die zahllosen Verurteilungen von Vettlern, Strochen und alten Weibern immer wieder bekundet wird, daß sie nicht so hoch steht, als daß sie von diesen Elenden angegriffen werden könnte. Daß nun gar ein 13-jähriger Knirps die Majestät verletzen kann, das wird uns allen zeigen, was der Paragraf des Strafgesetzbuchs, der zum Schutze der Majestät geschaffen worden, wert ist.

Dem Orzabla hätten ein paar Ohrfeigen genügt, weiter nichts. So aber hat man aus dem Jungen einen polnischen Märtyrer gemacht und man hat den Polen wieder einmal reichlich Gelegenheit gegeben, über die Segnungen der deutschen Kultur, die ihnen mit Gewalt aufgezwungen werden sollen, ihre Glößen zu machen. Die polnische Presse wird nicht verfehlen, sich des Falles Orzabla zu bemächtigen, und was sie dazu sagen wird, das dürfte keineswegs dazu dienen, die Polen mit Ehrfurcht zu erfüllen vor der Macht und vor der Größe der deutschen Majestät, die durch jeden dummen Jungen in den Staub herniedergezogen werden kann.

In den Reichstagen der Parlamentarier dagegen wird von der bodenlosen Niedrigkeit und Verderbtheit des Orzabla gesprochen. Ist er vielleicht auch in eine von jenen polnischen Musterschulen gegangen, in denen ein Lehrer 200 Kinder zu unterrichten hat? Das sollte doch einmal festgestellt werden.

Die „Berliner Zeitung“ ist nicht das einzige bürgerliche Blatt, das sich mit bitterer Ironie und verhaltenem Zorn gegen das Vissar Urteil wendet. Notgedrungen zwingt die Praxis einen Teil der bürgerlichen Presse, die sozialdemokratische Forderung auf Beseitigung des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen wenigstens zu gutem Teil zu unterstützen.

Freilich, was die bürgerliche Presse sagt und beteuert, geht die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags nichts an. Sie leisten der Regierung treue Heeresfolge, die der Meinung ist, mit dem § 95 errichte man Dämme gegen die Fluten des Umsturzes, während er im Gegenteil wader und unablässig das Seine dazu beiträgt, um die Dämme des Unverstandes und der Demut zu unterwaschen.

Deutschland.

* Berlin, 8. November. Die „Nordb. Allg. Ztg.“, die Offiziöse der Offiziösen, hat endlich in der Lippe-Frage die Sprache gefunden. Sie teilt mit, daß eine „Verständigung“ zwischen Lippe-Biesterfeld und Lippe-Schaumburg erzielt worden ist, wonach die Entscheidung einem Schiedsgericht anvertraut ist, das aus dem Präsidenten des Reichsgerichts und 15 Mitgliedern zweier Reichsgerichtsenate gebildet wird. Beide Linien haben die kommende Entscheidung im voraus als bindend anerkannt. Durch dieses Verfahren wird Leopold zu Lippe-Biesterfeld tatsächlich als Regent von Lippe-Deimold anerkannt, bis der Spruch des Schiedsgerichts vorliegt. Im Gegensatz zum Romintener Telegramm, das von der ungeklärten Rechtslage sprach, hegt der Bundesrat nicht im geringsten Zweifel an dieser Rechtslage. Die Beurteilung, die das Romintener Telegramm zur Voraussetzung hatte, wird also vom Bundesrat als in jedem Betracht unrichtig hingestellt. Nun dürfte die Vereidigung der Truppen nicht länger auf sich warten lassen, wenn nicht der Regent Leopold freiwillig darauf verzichtet haben sollte.

— Aus Südwestafrika meldet Trotha von Gefechten mit Hereros und Witbois, die nach seiner Angabe sämtlich erfolgreich waren. Acht Hereros und drei Witbois sind auf der Menschenjagd zur Strecke gebracht worden. Von den Deutschen sind nur Opfer des Typhus zu buchen. Es wird folgende Verurteilung bekannt gegeben: Reiter Christian Gunjer, am 2. November 1904 im Lazarett Djimbinde; Sanitäts-Unteroffizier Joseph Thiel, am 1. November 1904 im Lazarett Eputiro; Reiter Paul Ledwa, am 2. November 1904 im Lazarett Djijondu; Reiter Robert Knoblich, am 2. November 1904 im Lazarett Waterberg an Nierenentzündung nach Typhus gestorben.

— In der Geheim- und Arzneimittelfrage wird die Verwirrung immer größer. Während alle Welt von der „Geheimmittelliste“ des Reichsamts des Innern wenigstens den einen Vorteil anerkennt, daß sie die Einheitlichkeit der Rechtsprechung ein klein wenig fördere und so zur Not aus dem Labyrinth der Duzende von Verordnungen hinausführe, hat nun, wie der „Zeitungsverlag“ mitteilt, das preussische Kammergericht entschieden, daß neben der neuesten, allgemeinen Verordnung der Oberpräsidenten auch noch die alten Verordnungen der Regierungspräsidenten fortbestehen, soweit sie sich nicht auf Geheimmittel beziehen. Wer soll da schließlich noch wissen, was Rechtens sein soll.

— Ueber den Stand der Wurmkrankheit im Oberbergamtsbezirk Dortmund teilt der „Reichsanzeiger“ mit: Die Zahl der Schachtanlagen, auf denen Untersuchungen der gesamten Belegschaft durchgeführt wurden, ist auf 107 gestiegen. Auf diesen Anlagen waren bei der ersten Durchmusterung insgesamt 14430 Wurmträger festgestellt, während

bei den jeweilig letzten Untersuchungen insgesamt 8480 Wurmträger gefunden wurden. Es ergibt sich demnach eine Abnahme um 10950 = 75,9 Prozent. Die Abnahme der Krankheit ist durchweg auch auf den einzelnen Belegschaften zu sehen. Im Wurmrevier (Oberbergamtsbezirk Bonn) sind angefaßt der dort festgestellten Erkrankungsfälle alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krankheit getroffen. Auch im Wurmrevier scheinen die Maßregeln erfolgreich, doch läßt sich eine vollständige Ueberbittung noch nicht geben. Erfreulich ist, daß im Wurmrevier bisher schwerere Erkrankungsfälle nicht vorgekommen sind. Erkrankungen von Angehörigen der wurmkranken Bergleute sind bis jetzt nicht zur Kenntnis gelangt. — Wahrscheinlich ist diese Zusammenstellung viel zu optimistisch.

* Osnabrück, 7. November. Die Arbeiter der hiesigen großen Eisenbahn-Werkstätten sind wegen Lohnreduktionen in eine Lohnbewegung eingetreten und haben beschlossen, eine direkte Eingabe an den Minister zu richten. — Da wenden sie sich an eine merkwürdige Adresse.

Frankreich.

Die beiden sozialistischen Tagesblätter „Petite Re-publicaine“ und „Humanitee“ wenden sich sehr scharf gegen Millerand. In der „Humanitee“ heißt es, es sei nicht unnötig, darauf hinzuweisen, daß Herr Millerand sich nur von seinem Haß gegen das jetzige Ministerium habe leiten lassen; er wird hingestellt als der eigentliche Spiritus rector, der durch den Mund eines anderen Deputierten der einfachen Tagesordnung den Sinn eines indirekten Tadelvoluntums gegeben habe. Und Pressensacé zählt in einem Artikel, betitelt „L'attitude, Sybeton u. Co.“, neben Leagues und Ribot auch Millerand mit auf als einen derjenigen, dem die Reaktionsäre Beifall spendeten.

Herr de Cassagnac, Herausgeber der „Autoritee“, ist auf seiner Weisung in Saint-Nizaire plötzlich gestorben. Cassagnac ist im Jahre 1848 in Paris geboren; in einem Alter von kaum 25 Jahren erhielt er auf ausdrückliches Verlangen der Kaiserin Eugenie das Kreuz der Ehrenlegion und er ist seitdem der eiergigste und zäheste Verteidiger des imperialistischen Regimes und zugleich ein unerbittlicher Gegner der Republik geblieben, deren Institutionen er zum Gegenstand fortgesetzter Kritik und Angriffe in seinem Blatte gemacht hat. 1876 wurde Cassagnac zum ersten Male als Deputierter gewählt; bei den Wahlen 1893 unterlag er, wurde aber 1898 wiederum gewählt, um im Jahre 1902 abermals verdrängt zu werden.

Der Kriegsminister Andree erklärte einem Mitarbeiter der „Humanitee“, Sybeton habe ihn von hinten überfallen, und er habe nicht eher von dem Angriff etwas gemerkt, als bis er plötzlich des Angreifers Hände auf seinen Waden gefühlt habe, ohne zu wissen, von wem die Schläge ausgingen. Im ersten Augenblick habe er geglaubt, es würde geschossen; erst als ihn Saaldiner hinausgeleitet hatten, habe er erfahren, was denn eigentlich vorgefallen war. Zu Beginn der Montag-Sitzung der Kammer teilte der Vorlesende Brisson mit, daß ein Antrag des Justizministeriums auf Ermächtigung der Strafverfolgung eines Abgeordneten (Sybetons) eingegangen sei. Der Antrag wurde dem Bureau überwiefen.

Die Affäre Dauriche, die seit zwei Wochen vor dem Kaiserlichen Kriegsgericht sich abspielte, ist am Montag plötzlich zu Ende gegangen. Zu Beginn der Sitzung gab der Regierungskommissar Oberst Rabier folgende Erklärung ab: Die Anklage gegen die vier Offiziere war auf eine Aussage begründet, welche die Generale Delanne und Delaunoy in der Vorverhandlung gegeben hatten. Diese beiden Zeugen haben in der Verhandlung ihre Aussagen wesentlich geändert und ich bin deshalb ermächtigt worden, die Anklage fallen zu lassen. Die vier angeklagten Offiziere wurden deshalb sofort in Freiheit gesetzt. Gallifet hatte sich besonders für sie verbürgt.

Belgien.

Die Kammer tritt in nächster Zeit zu ihrer Herbst-Session zusammen. Zwei wichtige sozialpolitische Gesetzesentwürfe werden der Kammer sofort nach Zusammentritt zugehen; es sind das das Gesetz, betreffend die Sonntagsruhe und ein Entwurf betreffend die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit. Die sozialdemokratische Fraktion hat ihre Redner zu den einzelnen Entwürfen und Budgets bereits ernannt; an Stelle des verstorbenen Genossen Defnet, welcher den Posten eines Schriftführers im Präsidium der Kammer einnahm, wird der Genosse Delbaste der Kammer präsentiert werden.

Rußland.

Die russische Gendarmerei verhaftete in Dünaburg und andern größeren Städten eine Reihe Agenten, welche heimlich russische eingezogene Reservisten ins Ausland in Massen beförderten. Zahlreiche Militärflüchtlinge wurden gleichzeitig arretiert.

Der russisch-japanische Krieg.

Port Arthur.

Der Londoner „Standard“ meldet aus Tientsin: Die Japaner haben von ihren neuen Stellungen aus die Kohlenlager bei Peijungshan zerstört. Alle russischen Befestigungswerke auf der Landseite sind in japanischen Händen. Der innere Gürtel der Werke ist durch die Anlage von Laufgräben und Minen erobert worden. Erlungshan ist nach mehreren vergeblichen Angriffen gefallen. Von Erlungshan werden die russischen Werke in jeder Richtung beschossen. Die heftige Beschießung wurde am 2. ds. fortgesetzt und beschädigte alle Forts mehr oder weniger.

Die Londoner Abendblätter veröffentlichten ferner Meldungen aus Tokio, wonach Port Arthur bereits als gefallen betrachtet wird. Die Russen halten noch vier Forts, aber die Stadt sei für die Japaner im Nordosten offen. Die Truppen rückten indes nicht ein, weil sie noch unter dem Feuer der Raketenkanonen Forts sein würden. Alle Anstrengungen der Belagerer seien nunmehr gegen den Goldenen Hügel gerichtet.

Letzte Nachrichten.

Sd. London, 8. November. Aus Wukden wird unterm gestrigen Datum telegraphiert: Die russischen und japanischen Heere stehen an einigen Orten fast bis auf einen Steinwurf einander gegenüber. Bei Baniapuse trennen sie nicht mehr als 400 Meter und bei Bausjinpou halten beide die äußersten Enden ein und desselben Dorfes besetzt.

Sd. Kiel, 8. November. Das Reichsmarineamt erteilte dem russischen Eisbrecher „Zernat“ die Erlaubnis, bis zum 10. November zur Befichtigung seiner Unterwasserbarriere auf der Kaiserwerft einzudocken. Die Kommandanten der Werke werden erjucht, die Notwasserbarriere auszuführen. Die eigentliche Reparatur ist ihnen nicht gestattet. Der Kommandant des „Zernat“ versicherte, das Schiff gebe nicht nach Ostfriesland, sondern nach Reval.

lichen Fahnen festeln zu können, einem Mann, der entweder noch ein „unbeschriebenes Blatt“ sein sollte oder auf dem Linien Füllgel der Nationalliberalen stehen müßte. Selbstverständlich mußte man auch mit einer Weigerung des Herrn Plade rechnen, nicht wieder kandidieren zu wollen, und wurde deshalb in den letzten Wochen eine Menge hochangesehener Männer innerhalb und außerhalb des Wahlkreises genannt, die geeignet und geneigt sein sollten, die Pladesche Erbschaft anzutreten resp. das Mandat von den Sozialdemokraten zu erben. Alle diese latenten Gegensätze kamen in der gestrigen Versammlung zur ausgiebigen Aussprache und zum Abschluß durch die gegen 5 Quedlinburger Stimmen erfolgte Proklamierung der Kandidatur des Herrn Plade.

Über nicht nur der „linke Flügel“ scheint sich nach einem andern Kandidaten umgesehen zu haben, auch die Parteileitung des Kreises selbst. Herr Boden, der Wahlmacher, erzählte nämlich nach dem „Wochenblatt für Thale“:

„Dass man Umschau gehalten habe nach Männern, die von vornherein der schweren und verantwortungsvollen Aufgabe eines Reichstagsabgeordneten gewachsen seien, die sich von vornherein der Sympathien der Bevölkerung erfreuten, so daß man schon im ersten Anlauf mit einer gewissen Begeisterung für den neuen Reichstagskandidaten eintreten würde und siehe da — niemand hätte man gefunden! Nur der alte treue und bewährte Freund, der frühere Reichstagsabgeordnete Plade sei ihnen geblieben, nur auf ihn hätten sie ihre Hoffnungen setzen können, und er — der Vorliegende — hielt es für seine heiligste Pflicht, Herrn Plade als Reichstagskandidaten in Vorschlag zu bringen.“

Der „alte, treue und bewährte Freund“ spielt demnach mehr den Volkstretter. Man hat ihn nur aufgestellt, weil sich sonst niemand fand, der die Kandidatur übernehmen wollte.

Interessant ist auch, was das Blatt noch weiter aus der Diskussion über die Kandidatur Plade mitteilt:

„Dann jedoch trat Herr Mühlendörfer Kramer-Quedlinburg mit seiner Bedenken gegen die Wiederwahl des Herrn Plade auf. Mit klaren Worten schilderte er die Stimmungen in seinem Vertrauenskreise, machte auch kein Hehl daraus, daß eine gewisse Animosität gegen Herrn Plade herrsche und wehrte dringend die Wiederwahl des Herrn Plade ab. Auch Herr Justizrat Herzog-Quedlinburg hielt mit seinen Bedenken gegen die Wahl des Herrn Plade nicht zurück; wenn auch Herr Plade ein Ehrenmann durch und durch sei. Wenn auch er für seine Person und alle, die denselben persönlich näher kennen gelernt hätten, ihn für die geeignetste Person als zukünftigen Reichstagsabgeordneten hielten, so müsse man doch mit der Stimmung der ganzen Bevölkerung rechnen, dürfte die breite Masse des Volkes nicht vor den Kopf stoßen, die nach einer neuen Kraft verlange. — Jetzt meldete sich Herr Plade, welcher antwortend war, zum Worte. Zunächst erwähnte derselbe, daß er nicht als Wahlkandidat nach Wackerleben gekommen sei. Nur um der Pflicht als Vertrauensmann des Älteren Wahlvereins zu genügen, wäre er gekommen. Er habe es sich gar nicht denken können, daß man seine Person zur Diskussion ziehen würde, und nachdem, was er hier gehört, müsse er auf eine Kandidatur verzichten. — Es sprachen dann noch eine Reihe von Herren für die Kandidatur Herrn Plades, und nur aus den Reihen der Herren Vertrauensmänner Quedlinburgs fanden Einsprüche statt, bis man auch diese Herren zu einem Kompromiß veranlaßte, resp. dieselben erklärten, daß sie, um nicht allein zu gehen, sich dem allgemeinen Verlangen nach Herrn Plade anschließen würden. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde Herr Plade mit allen gegen 5 Stimmen als Kandidat aufgestellt.“

Also auf diese Weise kam der Ältere Sybeton zu seiner Kandidatur; man fand außer ihm niemand, dem ein Mandat so hoch steht, daß er dafür eine Wahlagitator von der Art, die Herr Dr. Boden zu treiben pflegt, die moralische Verantwortung mitübernehmen wollte.

Im Namen des Bundes der Landwirte und des Bundes der Handwerker erfolgte in Wackerleben die Erklärung, daß der vielseitige Major der Landwehr von diesen beiden Parteien akzeptiert wurde. Das hat auch niemand bezweifelt. Mit den Konserwativen wird daselbe der Fall sein.

Herr Plade erklärte sich übrigens bereit, in Orten, wo die Sachlage sein Erscheinen notwendig macht, vor den Wählern zu erscheinen. Wie entgegenkommend von dem Manne! —

Stauffurt, 8. November. Herr Voigt, der Retter des Handwerks, ist gestern auch hier geritten, zu seinem Schmerze vor recht wenig Zuhörern. Da über seine Reden schon aus anderen Orten des Wahlkreises berichtet ist, so möchten wir uns ein näheres Eingehen auf seinen Vortrag. Jedenfalls aber werden die Herren Handwerker sehr erfreut sein von der Nachricht, daß Herr Plade wieder kandidiert. Man unterliegt es keinem Zweifel, daß der Kandidat sich auf die Handwerkerforderungen verpflichtet.

Calbe. Große Waschlange befeilt die „Stadt- u. Landzig.“ für Calbe. Als sie die Nachricht vom Tode des Genossen Schmidt erhielt, war ihr erster Gedanke, die schreckliche Nachricht mit ihrem Gefolge von Unruhe und Parteihader, und heute entringt sich ihrer ängstlichen Seele wieder folgender Stoßseufzer, der so harmlosweise unter der Rubrik „Gedankenplücker“ zu finden ist:

„Leider wird Calbe schon wieder aus seiner gemütlichen Ruhe aufgerüttelt durch die drohende Reichstagswahl, lange ist es noch bis zum Januar, wo die Wahl vorgenommen werden soll, und schon jetzt beginnen die Kämpfungen zum Wahlkampf. Heute wird im „Deutschen Haus“ das erste Vorpostengefecht begonnen mit der Bildung einer Disziplin des Bundes der Handwerker, einer neuen politischen Partei, die sich als zeitgemäß erweisen sollen.“

Ja, die gemütliche Ruhe, die geht allerdings zum Teufel bei Reichstagswahlen im Kreise Calbe-Wackerleben. Dafür sorgen die Sozialdemokraten.

Der Jahresbericht der Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt

Der kürzlich zur Ausgabe gelangt ist, bietet wieder eine reiche Fundgrube für die Behauptung, daß Bureaucratismus und Bismarckismus in dieser Anstalt in hervorragendem Maße ihr Unwesen treiben. Es ist selbsterklärend auch kein Zufall, daß sich in den letzten Jahren Kongresse und Jubiläumstreffen organisierter Arbeiter sehr ausgiebig mit den unlieblichen, unsozialen Praktiken der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt beschäftigt haben. Im Dezember vorigen Jahres trat die Konferenz der Gewerkschaftsvereine der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt über die Tätigkeit obiger Anstalt ihr wichtiges Verbot aus, und im Juli dieses Jahres erhob man auf der Zusammenkunft des Krankenversicherungsverbandes für die Provinz Sachsen in Rautenburg bitterböse Klagen über das geringe Entgegenkommen der Versicherungsanstalt den Versicherern gegenüber.

Schlägt man den Bericht für das Jahr 1903 auf, so grinst uns das System Schilow aus allen 140 Druckzeilen entgegen. Schilow! Das war es, welches vor einem Vierteljahr die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt aus in mehreren Kreisen bekannt machte und die öffentliche Meinung wieder so mobilisierte. Herr Dr. Schilow ist gewiß keine unüberwindliche Persönlichkeit, er

ist schlichter Preussent in Wangleben, aber Ende August dieses Jahres nannten alle Rentempänger dieses Kreises seinen Namen mit Schrecken. War er es doch, der an der Spitze der sogenannten Untersuchungskommission stand, die von Ort zu Ort zog, um den Gründen der auffälligen Rentenvermehrungen nachzugehen, wie es im Jahresbericht jetzt so schön heißt. Was war denn geschehen? Wir müssen schon den Bericht selber sprechen lassen, wenn wir die Ursachen der Alarmierung der Rentempänger genauer ergründen wollen. Da steht nämlich zu lesen:

„Die Zahl der Invalidentrenten hat in den letzten Jahren eine derartig unerwartete Steigerung erfahren, daß die Besorgnis entstand, die Beiträge möchten in ihrer gegebenen Höhe zu niedrig bemessen sein. Diese Besorgnis konnte um so weniger von der Hand gewiesen werden, als schon die Bilanz vom 1. Januar 1900 einen Fehlbetrag von 1,4 Prozent bei dem Sondervermögen der Anstalt auswies.“

Eine von wahren sozialen Geiste durchdrungene Versicherungsanstalt würde in ihrem Bericht der Freude Ausdruck geben, daß die finanzielle Lage der Anstalt es gestattet, eine immer größere Zahl von Invalidentrenten zu bewilligen und ihnen den harten Kampf ums Dasein im bedingenden Maße zu erleichtern. Unders die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Sie prüft zunächst, ob nicht die Beiträge der Versicherungsbeitragspflichtigen zu gering bemessen seien, und dann weist sie drohend darauf hin, daß das Sondervermögen der Anstalt bei der Invalidentversicherung einen Fehlbetrag von 1,4 Prozent aufweise. Gründe genug, um den Rentempängern etwas auf die Finger zu legen. Das geschah also:

„Um den Gründen der auffälligen Rentenvermehrung nachzugehen (lies: um die Renten zu nehmen), haben wir bei einer Reihe anderer Versicherungs-Anstalten so auch bei der Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt durch Kommissare des Reichsamts des Innern und des Reichsversicherungsamts unter Zuziehung von Vertretern des Vorstandes der Versicherungs-Anstalt und der Sozialbehörden Ermittlungen an Ort und Stelle stattgefunden.“

Die vorstehend geschilderte Kommission bildete die sogenannte Untersuchungskommission, die ihr Wirkungsgebiet zunächst auf die Kreise Wangleben und Worbis ausdehnte. Ueber den letzteren Kreis ist wenig oder gar nichts in die Öffentlichkeit gedrungen, um so mehr über den Kreis Wangleben. Dort hat sich die Kommission unter den Rentempängern für alle Zeiten ein Denkmal gesetzt. In diesem Kreise wirkte auch, wie schon oben bemerkt, Dr. Schilow. Welches Gewicht die Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt auf die „entsprechende“ Tätigkeit der Ärzte legt, geht aus einer Randbemerkung des Berichts hervor, die klipp und klar ausspricht, daß sich manche Ärzte bei der Vorbereitung der Rentenanträge zu sehr von dem Interesse der in ihrer Behandlung stehenden Renten-Antragsteller hätten leiten lassen!

Man muß diesen Satz schon zweimal lesen, um ihn in seiner ganzen Tragweite zu erfassen. Das schlägt einfach allen sozialen Zielen, denen die Versicherungsanstalten doch dienen sollen, ins Gesicht. Schon diese eine Behauptung des Berichts dürfte für die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hinreichend genug sein, um der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt im Reichstag zu gebernen.

Die Kommission sorgte nun allerdings gründlich dafür, daß die milden Ärzte innerhalb ihrer Körperschaft nicht die Oberhand gewannen. Herr Dr. Schilow trug den „Antentionen“ der Untersuchungskommission völlig Rechnung. Wir haben seinerzeit ausführlich berichtet, wie Dr. Schilow die Rentempänger „untersuchte“.

Dafür steht aber auch der Erfolg des Herrn Dr. Schilow und der Kommission schwarz auf weiß verzeichnet. Während bei der Bericht herab, daß man in den beiden Kreisen Wangleben und Worbis 887 Invalidentrenten „nachgeprüft“ habe mit dem Ergebnis:

150 Renten wieder entzogen und 73 Renten auf freiwilligen Verzicht hin

in Wegfall gestellt werden konnten.

War das nicht des Lohnes genug für die Schilow und Genossen? Und was den Sieg zu einem vollen macht, ist der Umstand, daß „nur“ in 72 Fällen gegen die Rentenzugiehungen Berufung eingelegt worden ist. Ja, noch mehr. Die Kommission hat sogar absehend gewirkt. Während nämlich im ersten Halbjahr 1903 347 Anträge auf Rentengewährungen gestellt wurden, belieben sie sich im ersten Halbjahr 1904 nur auf 205, wobei erklärend hinzugefügt werden muß, daß schon im Frühjahr die Versicherungsanstalt ihre „Maßnahmen“ getroffen hatte. Sie tat ein übriges und gewährte im ersten Halbjahr 1904 nur 178 Anträge gegen 310 im gleichen Zeitraum des Jahres 1903.

Out ab vor dieser sozialpolitischen Tätigkeit der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt, deren Vermögen schon im Vorjahre 60 Millionen Mark betrug.

Unser Bruderblatt in Halle kündigt bereits eine Anzahl Artikel an, um zu zeigen, daß die Versicherungs-Anstalt dem Prinzip: möglichst wenig den Interessen der Versicherten zu dienen, immer treu geblieben ist. Wir werden auch unsere Leser dann mit den famosen Praktiken dieser Anstalt bekannt machen.

Handel mit Wirtschaftskonzessionen.

In manchen Gemeinden gehört der Handel mit Wirtschaftskonzessionen zu einem lukrativen Gewerbebetriebe — ohne Gewerbe. Leute, die mit einflußreichen Personen in der Verwaltung aus Fühlung halten, bekommen Jahr für Jahr neue Wirtschaftskonzessionen, die in der Regel nach kurzer Zeit in britischen Besitz übergeht, wobei der Vorbesitzer jedesmal einen ordentlichen Gewinn macht. Ein Unternehmer, dem im Jahre 1901 wieder einmal eine neue Konzession erteilt worden war, veräußerte die Wirtschaft, ohne sie selbst betreiben zu haben, nach einem Jahre mit einem „Reinverdienst“ von 70 000 Mark. Das war in W a r e n bei Dortmund. Dieser Vorfall gab Stoff zu mancherlei Gerüde, dem nun hegegnet ist, indem, wie die „Komm. Praxis“ berichtet, die Gemeinde beschloß, hat für die Zukunft, wenn ein Bedürfnis für neue Wirtschaftskonzessionen vorhanden ist, die Konzession für die Gemeinde nachzusuchen und das Gebäude in Gemeinderegie zu erbauen; dann soll die Wirtschaft verkauft werden und der Profit fließt der Gemeindebeilage zu.

Wackerleben, 8. November. (Einen schönen Erfolg) errangen unsere Genossen bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl. Während die Kandidaten des Beamtenvereins nur 625 und die der Hausbesitzer gar nur 300 Stimmen erhielten, konnte die Liste unserer Genossen 730 Stimmen verzeichnen. Gewählt sind zwei Bürgerliche mit 630 Stimmen, während vier Sozialdemokraten mit je 730 Stimmen gegenseitig in die Stichwahl kommen. Voraussichtlich werden sich unsere Genossen auf zwei von den vier Kandidaten einigen, so daß uns also zwei Mandate sicher sind. Ein schönes Resultat für weitere Arbeit! —

Aus dem Harz, 8. November. (Antes für die Touristen.) Im nächsten Sommer werden im Harz verschiedene Linien eingerichtet werden: Harzburg-Ober- u. Goslar, Harzburg-Ober-Altenau, Harzburg-Göhring- u. Radawasserfall, Harzburg-Torfhaus-Pranauke, Harzburg-Ilbenburg beziehungsweise zurück. Diese Linien sollen bereits im zeitigen Frühjahr dem Verkehr übergeben werden. Die Wagen sollen Raum für zirka 30 Personen bieten, zur Mitnahme von Reisegepäck eingerichtet, und in jeder Beziehung mit den neuesten Erfindungen auf dem Gebiete des Automobilwesens ausgestattet

sein, insbesondere auch jede Begeisterung vollkommen sicher überwinden können.

Braunschw. 8. November. (Eitel und ekelhaft.) Die Gendarmerie hat jetzt ermittelt, daß ein Dienstmädchen im benachbarten Altesse, um einen guten Teint zu erhalten, ihren Körper seit langer Zeit mit Milch gewaschen und diese Milch dann an eine benachbarte Molkerei abgeliefert hat. Dieser war schon längere Zeit die unangenehme Farbe der Milch aufgefallen. Wegen das Dienstmädchen ist ein Strafverfahren eingeleitet worden.

Burg, 7. November. (Die letzte Stadtverordnetenversammlung) genehmigte einige Etatsüberschreitungen der Gastst. Ein Teil des Ausfalls jedoch ist durch erhöhte Einnahmen, hauptsächlich im Stadtgeschäft der Gasanstalt wieder eingebracht worden. An Stelle des verstorbenen Pastors Ehler wird zum Mitglied des Waisenrats Pastor Zander gewählt. Herr Zimmermeister Deforme werden für ein vom Grundstück Franzosenstraße 24 abzutretendes Stück Straßenterrain von 11 Quadratmeter Größe 110 Mark, dem Wackermeister Schulze für ein gleich großes Stück Straßenterrain in der Brahmstraße 88 Mark gezahlt. Genehmigt werden die festgelegten Verkaufslinien für die Blumenstraße und den Marienweg.

Bei der Berichterstattung über die Schlächtungen auf dem städtischen Schlachthof fragt Stadtverordneter Pahn an, was der Magistrat zu tun gedenke gegenüber den Gefahren, welche entstehen können durch die Aufhebung des Zwangs zur nochmaligen Untersuchung eingeführten Fleisches. Bürgermeister Schmelz gab keine bindende Erklärung ab, versichert aber, daß das, was irgend möglich sei, geschehen werde. (Öffentlich wird es nicht bei dieser allgemeinen Versprechung bleiben. D. V.) Herr Lehrer Heinrich werden für die Vorarbeiten zur Einrichtung der gewerblichen Fortbildungsschule 90 Mark bewilligt; für die Leitung der Schule ist Herr Rektor Breitbarth in Aussicht genommen.

Genehmigt wird ein Antrag des Magistrats, zwecks Verlegung besonderer Hydranten zur Bewässerung der städtischen Verschönerungsanlagen die Kosten in Höhe von 2500 Mark zu bewilligen. Die Hydranten für Feuerlöschzwecke, welche auch bereits geändert werden sollen, haben zuviel Wasserdruck, deshalb der Antrag, Bürgermeister Kuhn wartet darauf, die Summe in den allgemeinen Haushaltsplan einzustellen, da derselbe schon so böse ausfalle, daß die Stadt mit dem bisherigen Steuerfusse von 110 Prozent für die Zukunft nicht werde auskommen können. (Das sind ja nette Ausflüchte für die Steuerzahler! D. V.) Die Versammlung beschließt, bei Bewilligung der Abstandsnahme von Wauverboden zur Errichtung von Wohngebäuden an Straßen, welche für den Anbau und den Verkehr noch nicht fertig gestellt sind, dem Unternehmer zu den anteiligen Kosten für Straßenherstellung auch die für die sofort herzustellenden Anlagen zur Beleuchtung der Straße anzuerkennen.

Das für Schulbauzwecke aufzunehmende Darlehen in Höhe von 315 000 Mark soll mit 2 Prozent getilgt werden. Ebenso erklärt sich die Versammlung einverstanden mit dem Abschluß einer Wasserleitungsschädenversicherung für die städtischen Gebäude unter einem Prämienfusse von jährlich 191,58 Mark.

In geheimer Sitzung wird dann über die im städtischen Einziehungsamit vorgekommenen Unregelmäßigkeiten beraten. Das nachträglich in öffentlicher Sitzung vorlesene Protokoll besagt, daß der Rentant Venike nicht alle eingegangenen Mahn- und Pfändungsgebühren in das dazu bestimmte, von ihm ohne Gegenkontrolle geführte Buch eingetragen habe, so daß, abgesehen von den Vorjahren der Schäden für das Einziehungsamit in diesem Jahre 34,40 Mark beträgt. Da die Vollziehungsbeamten von den in Betracht kommenden Gebühren 50 Prozent erhalten, ist aus dem Protokoll nicht recht ersichtlich, ob die 34,40 Mark die Gesamtsumme des Fehlbetrags sind oder ob sich derselbe auf das Doppelte, also 68,80 Mark bezieht. Jedenfalls hat die Einwohnerschaft ein Interesse daran, in Wälde Aufklärung über diese Unklarheit zu erhalten.

Burg, 8. November. (Kaubanfall auf offener Straße.) Als in der Sonnabend-Nacht die Frau des Schuhfabrikanten Zweig in Begleitung ihres Dienstmädchens vom Bahnhof durch die Bahnhofspromenade ging, sprang an der Gasanstalt ein Mann auf sie zu und entriß ihr ein in der Hand getragenes silbernes Täschchen, in welchem sich ein Portemonnaie mit zirka 10 Mark Inhalt befand. Das Täschchen wurde gestern in einem Westrand am Marienweg leer aufgefunden. Von dem frechen Räuber fehlt jede Spur. — Diebe entwendeten in vorletzter Nacht aus der Schlafstube des Restaurants „Zum braunen Hirsch“, während der Eigentümer abwesend war, 70 Mark.

Gardelegen, 7. November. (Ein netter Lehrmeister.) Der Fleischermeister Heinrich Appelbaum verabschiedete dem Lehrling Katal in Schlachthof mehrere Schläge mit der Faust. Itz ist ihm auch mit den Füßen, weil er mit noch zwei Lehrlingen ein seinem Meister gehöriges Kind losgebunden und darauf geritten hatte. Ferner soll Appelbaum dem Katal mit einem Schläge in die Brust auf dem rechten Handgelenk eine nicht unerhebliche Wunde beigebracht haben. Letztere Straftat hielt der Gerichtshof (Strafkammer in Stendal) durch die Beweisaufnahme nicht für voll erwiesen und sprach ihn deshalb frei. Im übrigen wurde er zu einer Geldstrafe von — 50 Mark verurteilt.

Genthin, 8. November. (Tod auf den Schienen.) Ein aufstrebender Borsial spielte sich gestern früh gegen 1/2 Uhr auf der Strecke zwischen Genthin und Wusterwitz ab. Der Lokomotivführer des um diese Zeit dort stillen Güterzugs gewahrte, wie plötzlich ein Mann wenige Schritte von der Maschine entfernt vor den Zug sprang. Trotzdem der Führer sofort Gegendampf gab, ging ziemlich der ganze Zug über den Lebensmitten hinweg, diesen bis zur Unkenntlichkeit zerstückelnd. Ueber die Persönlichkeit des Toten ist nichts bekannt.

Schwanebeck, 7. November. (Stadtverordnetenwahl Nr. 3?) Gegen die Gültigkeit der Wahl der am 3. September d. J. bereits zum zweitenmal gewählten sechs Stadtverordneten ist von einem hiesigen Bürger die Klage beim Bezirks-Ausschuß in Magdeburg anhängig gemacht worden. Die Klage stützt sich in der Hauptsache darauf, daß die angefochtene Wahl auf Grund einer gezeiglichen unvollständigen — also ungültigen — Wählerliste zustande gekommen ist. Ferner teilen die „Schwanecker Nachr.“ mit: Da sich nun aber hinterher ein wichtiger wichtiger Ansehungsgrund herausgestellt hat, werden wir auf die Angelegenheit noch ausführlicher zurückkommen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Einen nicht geringer Schreck bekam in Unseburg der Buchhalter B., als er des Nachts eine weibliche Person, die nur mit dem Hemd bekleidet war, auf seinem Hofe erlapse. Es war sein Dienstmädchen, das einen Selbstmord durch Ertrinken simuliert und seit dieser Zeit vermisst wurde. In einem ruhrenden Abschiedsbriefe an ihren Schatz hatte es damals seinen Entschluß, in der Wode zu sterben, kundgetan, aber — nicht ausgeführt. Die Magd hielt sich seit dieser Zeit auf dem Grundbesitz ihres Bräutigams auf, ohne jemals bemerkt zu werden. Nur des Nachts kam sie herunter und nähte sich vom Doh. Um jede Spur von ihrem Dasein auszuloten, hatte sie ihre sämtliche Kleidung ins Wasser geworfen, welche am andern Morgen auch aufgefischt wurde. Als man das Mädchen ergriff, verweigerte es jede Auskunft. Vollständig erematt und abgezehrt brachte man dasselbe zu seinem Vater in H. — In der Nähe der Station Seesen, und zwar zwischen der Wackerstation und dem Steinbruch und der Chaussee nach Renneburg, sind in der Nacht zum vorigen Freitag gegen einen Güterzug und, wie schon kurz gemeldet, gegen den Nachschnellzug Berlin-Magdeburg-Bressan-Holzminde (Seesen an 2.36) verbrecherische Anschläge verübt worden. Die Maschine des Güterzuges stieß in jener Nacht gegen ein über die Schienen gelegtes Metallrohr, das vom Lokomotivführer Klein beseitigt wurde. Einige Zeit später fand ein Gleismärker eine Schwelle quer über dem Gleise, das bald der Schnellzug passieren mußte, und entfernte sie schleunigst.

Jetzt ist der Eisenbahnarbeiter Robbin aus Mittelbe unter dem dringenden Verdacht der Täterschaft verhaftet worden. Er war wegen Ungebühr aus dem Eisenbahndienst entlassen worden. — Ein seltener Fund wurde in dem städtischen Steinbruch bei Ganderstheim entdeckt. Ein Arbeiter fand in einer Tiefe von 15 Meter einen gut erhaltenen Mammutzahn. Dieser ist 45 Zentimeter lang und 7 Zentimeter dick. Der wertvolle Zahn wurde der Kreisdirektion überwiesen. — In der Wode erkrankt hat sich die 41jährige Witwe Ernestine Pügers aus Oschersleben. —

Gerichts-Beitrag.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 7. November 1904.

Sittenverbrechen. In nichtöffentlicher Sitzung wurde der Handelsmann Emil Stein hier, geboren 1809, wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt, darauf aber 1 Monat von der Untersuchungshaft als verbüßt angerechnet. —

Noheit. Der Knecht Friedrich Ziegler zu Obfau, geboren 1867, geriet am 17. Juli d. J. mit dem Verwalter Schürmer in Wortwechsel und schlug ihn in das Gesicht. Das Schöffengericht in Alen erkannte am 22. September wegen Körperverletzung auf 2 Wochen Gefängnis. Die Berufung des Angeklagten, der jetzt zu Susigle dient, wurde verworfen. —

Sittenverbrechen. Der Mechaniker Otto Schmidt aus Ascherleben, geboren 1875, vorbestraft, wurde in nichtöffentlicher Sitzung wegen Bettelns zu 4 Wochen Haft, wegen Sittlichkeitsverbrechens im Verein mit Beleidigung eines Kindes zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. —

Arbeiterergötzen behalten. Der Sattler und Tapezierer Max Marquardt hier hat einige bei ihm beschäftigte Personen nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit zur Krankenkasse angemeldet. Ferner hat er ihnen Lohnbeträge in Abzug gebracht und solche der berechtigten Kasse vorenthalten. Wegen dieser Vergehen wurde der Angeklagte mit 30 Mark Geldstrafe ev. 6 Tagen Gefängnis, wegen der Übertretung mit 12 Mark Geldstrafe ev. 4 Tagen Haft belegt. —

Sitzung vom 8. November 1904.

Freigesprochen wurde der Knecht Albert Gerner zu Ufersleben von der Anklage der jahrlässigen Eisenbahntransportgefährdung.

Wegen Diebstahls wurden die Arbeiter Richard Kiefer, geboren 1875, und Hermann Brandes, geboren 1877, zu Schönebeck, zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust bzw. zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Wegen Diebstahls und Vornahme einer unsittlichen Handlung wird der schon öfter bestrafte Arbeiter Friedrich Krüger aus Diesdorf, geboren 1865, zu 1 Jahr 2 Wochen Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. —

Bermischte Nachrichten.

* **Der größte Wasserfall der Welt**, ein Naturwunder von erhabener Größe, das die Niagarafälle und die Viktoriafälle des Sambesi bei weitem übertrifft, ist in Südamerika entdeckt worden. Es handelt sich um die Iguassufälle, auf deren Vorhandensein, wie einem Bericht der „New York World“ zu entnehmen ist, auf dem Geographenkongress in St. Louis hingewiesen wurde. Daß die Geographen die Fälle nicht schon früher kannten, erklärt sich daraus, daß sie in einem fast undurchdringlichen Walde liegen, etwa 1500 Kilometer, die mit dem Boot zurückzulegen sind, von der nächsten größeren Stadt entfernt. Senor Horacio Anasagasti, Kommissär der Republik Argentinien, teilte darüber dem Kongress mit: Ich kann aus eigener Anschauung bestätigen, welches wunderbares Schauspiel die Iguassufälle darbieten. Ich habe sie gemessen. Ich habe auch die Niagara- und Sambesifälle gesehen und studiert und kann daher behaupten, daß die Iguassufälle die größten der Welt sind und alle andern in den Schatten stellen. Ich bin darauf gefaßt, daß viele dies bezweifeln werden, aber ich bin sicher, daß die Fälle in einem Jahre für das größte Wunder der Welt gelten werden. Der Iguassu bildet die letzten 110 Kilometer seines Laufes die Grenze zwischen Brasilien und Argentinien. Er windet sich durch ein bergiges zerklüftetes Land hindurch. Etwa 18 Kilometer vor seiner Vereinigung mit dem Parana fließt der Iguassu außerordentlich schnell und wendet sich rechts; an dieser Stelle bildet der Fluß die Fälle. Der Abgrund, über den der Fluß stürzt, ist 210 Fuß hoch, während der des Niagara nur 167 Fuß mißt. Die Iguassufälle sind 13 123 Fuß breit, also 2 1/2 mal so breit wie die Niagarafälle. Man schätzt, daß stündlich 100 000 000 Tons Wasser über die Niagarafälle brausen und schäumen; für die Iguassufälle beträgt aber die Wassermenge in derselben Zeit 140 000 000 Tons. Die Iguassufälle sind zwar zu jeder Jahreszeit die bedeutendsten der Welt, aber das grandioseste Schauspiel gewähren sie in der Regenzeit. Während dieser steigt der Fluß oberhalb der Fälle von sechs auf zehn Fuß über eine Breite von 30 000 Fuß. Die Inseln im Fluß verschwinden und die Fälle werden unbeschreiblich großartig. —

Die Iguassufälle bestätigen, welches wunderbares Schauspiel die Iguassufälle darbieten. Ich habe sie gemessen. Ich habe auch die Niagara- und Sambesifälle gesehen und studiert und kann daher behaupten, daß die Iguassufälle die größten der Welt sind und alle andern in den Schatten stellen. Ich bin darauf gefaßt, daß viele dies bezweifeln werden, aber ich bin sicher, daß die Fälle in einem Jahre für das größte Wunder der Welt gelten werden. Der Iguassu bildet die letzten 110 Kilometer seines Laufes die Grenze zwischen Brasilien und Argentinien. Er windet sich durch ein bergiges zerklüftetes Land hindurch. Etwa 18 Kilometer vor seiner Vereinigung mit dem Parana fließt der Iguassu außerordentlich schnell und wendet sich rechts; an dieser Stelle bildet der Fluß die Fälle. Der Abgrund, über den der Fluß stürzt, ist 210 Fuß hoch, während der des Niagara nur 167 Fuß mißt. Die Iguassufälle sind 13 123 Fuß breit, also 2 1/2 mal so breit wie die Niagarafälle. Man schätzt, daß stündlich 100 000 000 Tons Wasser über die Niagarafälle brausen und schäumen; für die Iguassufälle beträgt aber die Wassermenge in derselben Zeit 140 000 000 Tons. Die Iguassufälle sind zwar zu jeder Jahreszeit die bedeutendsten der Welt, aber das grandioseste Schauspiel gewähren sie in der Regenzeit. Während dieser steigt der Fluß oberhalb der Fälle von sechs auf zehn Fuß über eine Breite von 30 000 Fuß. Die Inseln im Fluß verschwinden und die Fälle werden unbeschreiblich großartig. —

Kleine Chronik.

Vom verratenen Marinegeheimnis.

In Sachen des Bureauvorstehers Varfenicher in Kiel, der sich wegen der Veräußerung der Geheimnisse des deutschen Kriegsschiffbaus in Untersuchungshaft befindet, teilt unser dortiges Bruderblatt mit, daß noch forgesetzt Vernehmungen stattfinden, zu denen auch die Redaktion der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ wegen ihrer Mitteilungen über Varfenicher herangezogen worden ist. Unser Bruderblatt teilt ferner mit, daß Varfenicher ein Onkelkind bei der Bank von England hat, von dem das Gericht behauptet, es sei ein Teil der staatsumme für das verratenen Marinegeheimnis. —

Der Liebesbrief des Pfarrers.

Vor der Strafkammer Saarbrücken wurde der Buchhändler Kaufmann, der den Liebesbrief des früheren Reichstagsabgeordneten Pfarrer Colbus an eine Arbeiterfrau in Neuntirchen bei Saargemünd als Ansichtskarte verkauft hatte, zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Brief eine Entladung zu geschlechtlichem Verkehr enthalte und aus dem Zusammenhang der Gerichtsverhandlung in Saargemünd einen sehr unsittlichen Eindruck mache. —

Das Hoch auf den Herrgott.

Ueber Penzance zu dem jüngst bestrafte Hoch auf den Herrgott wird aus Rom geschrieben: In Italien, wo man in Anbetracht der Nähe des heiligen Stuhles doch viel frömmlicher und heiliger sein sollte als anderswo, hätte ein Hoch auf den Herrgott nicht den mindesten Anstoß erregt. Wer Prozessionen in kleinen Nestern mitgemacht, hat häufig genug die Rufe hören können: Viva Maria! Viva la madonna! Viva Gesù! (Jesus), und vollends die Hochrufe auf die Heiligen sind so zahllos wie die Herrschaften selbst. Der Ausdruck „Viva Dio!“ dient allerdings in seinem üblichen Zusammenhang nur als Interjektion, aber ein eifriger und gerechter Hochruf auf den Herrgott würde bei dem kindlichen Empfinden des italienischen Volkes sicherlich niemand verlegen. Freilich: In Deutschland sind wir auch weiter. —

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 6. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Nationale Ehre und Bewandtes. — Mary Theorie der Wirtschaftskrisen. Von Otto Bauer-Wien (Schluß). — Sozial-reformer-Kongresse. Von Paul Firsch. — Der Abolitionismus. Von Hans Bloch. — Die Dresdner Sildteausstellung. Von Adolf Brunn. — Literarische Rundschau: Elisabeth Gotheiner, Studien über die Kuppel-later Legitimation und ihre Arbeiter in den letzten zwanzig Jahren. Von ad. v. —

„Kommunale Praxis“. Zeitschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde-Sozialismus. Herausgeber Dr. Albert Süßkamm, Berlin W. 15. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen neuesten Nummer der „Kommunale Praxis“ heben wir die Besprechung des Frankfurter Wohnungskongresses von Dr. S. Lindemann hervor, ferner stellt Otto Stolten die Invalidenversicherung für hamburgische Staatsarbeiter dar. Neben einem reichen Nachrichtenteil aus allen Gebieten des Gemeindelebens umfaßt die „Kommunale Praxis“ auch einen juristischen „Sprechsaal“, in dem alle Fragen, die das Gemeindeleben betreffen, kostenlos beantwortet werden. — Die „Kommunale Praxis“ erscheint am 1. und 15. jedes Monats und kostet vierteljährlich 1,50 Mark. Probenummern sind gratis in der Buchhandlung Volksstimme oder durch deren Kolporteurs zu haben. —

Vereins-Kalender.

Achtung, Holzarbeiter! Der Reichentwurf beginnt am 15. d. M. im „Bürgerhaus“. Meldungen müssen sofort im Bureau erfolgen. —

Olvenstedt. Arb.-Radfahrerverein „Solidarität.“ Feiern Mittwoch Abend im Vereinslokal bei Magd. — 18:1

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.					
Jungbunzlau	5. Nov. + 0.01	6. Nov. + 0.16	7. Nov. + 0.16	8. Nov. + 0.15	9. Nov. + 0.15
Bam.	- 0.36	- 0.40	- 0.40	0.04	-
Budweis	+ 0.07	+ 0.08	+ 0.08	0.01	-
Prag	+ 0.08	+ 0.11	+ 0.11	-	0.03
Innkrit und Saale.					
Straubfurt	6. Nov. + 0.80	7. Nov. + 0.75	0.05	-	-
Weißenfels Unt.	- 0.24	- 0.12	- 0.12	-	0.12
Troscha	+ 1.28	+ 1.28	-	-	-
Wistleben	+ 0.92	+ 1.00	-	-	0.04
Bernburg	+ 0.80	+ 0.83	-	-	0.05
Calbe Oberpegel	+ 1.38	+ 1.34	0.04	-	-
Calbe Unterpegel	+ 0.12	- 0.02	-	-	0.14
Musbe.					
Witbe.	6. Nov. - 0.26	7. Nov. - 0.30	0.04	-	-
Witbe.	5. Nov. - 0.25	6. Nov. - 0.27	0.02	-	-
Brandeis	- 0.29	- 0.35	0.04	-	-
Melmit	- 0.64	- 0.70	0.06	-	-
Veitmeritz	- 0.54	- 0.57	0.03	-	-
Wuffig	- 0.35	- 0.40	0.02	-	-
Dresden	- 1.74	- 1.77	0.03	-	-
Zorgau	+ 0.12	+ 0.10	0.02	-	-
Wittenberg	-	+ 0.83	-	-	-
Hoflau	+ 0.34	+ 0.28	0.06	-	-
Barby	+ 0.50	+ 0.44	0.06	-	-
Schönebeck	+ 0.38	+ 0.34	0.04	-	-
Magdeburg	7. Nov. + 0.60	8. Nov. + 0.58	0.02	-	-
Zaigernhude	6. Nov. + 0.95	+ 0.94	0.01	-	-
Wittenberge	+ 0.53	+ 0.56	0.02	-	-
Brodau-Dönitz	- 0.91	+ 0.05	-	-	0.08
Lauenburg	+ 0.07	+ 0.09	-	-	0.02

Wuffig, 8. November. Von den oberen Plätzen werden 2 cm Fall gemeldet. —

Wilhelm Wiemer

Inhaber: Götze & Grützkau

Breiteweg 85

MAGDEBURG

Breiteweg 85

Man beachte die großen Schaufenster-Decorationen.

Der Total-Ausverkauf begann

heute Dienstag 9 Uhr vormittags

Sämtliche Waren kommen zu spottbilligen Preisen zum Ausverkauf

Wir bitten um Besichtigung unsrer Schaufenster!

Das Lager besteht aus

Kleiderstoffen, Kurzwaren, Wollenwaren, Trikotasen, Herren- u. Damenwäsche, Schlipsen, Handschuhen, Gardinen, Rouleau-Kanten, Bettdecken, Läuferstoffen, Wachstuchen, Schürzen, Korsetts, Spitzen, Besätzen, Jagdwesten, Zuavenjacken, vorgezeichneten und fertigen Tapissereien in Tuch und Leinen, Bettzeugen, Inletts, Anstandsrocken etc. etc.

Geschwister Schenk Breiteweg 87 gegenüber der Brauhirschstrasse.

Kredit auch nach ausserhalb

Auf Abzahlung!

Ganze Wohnungseinrichtung

Für 1 Zimmer	Mt. 98,	Anzahlung Mt. 10
" 2 "	" 198,	" " 20
" 3 "	" 295,	" " 28
" 4 "	" 400,	" " 40

Einzeln Möbelstücke zur Ergänzung

wie Bettstellen und Matratzen, Kleiderschränke, Vertikals, Kommoden, Spiegel, Tische, Sofas, Divans.

kompl. Schlafzimmer, Salon-Garnituren, Büfets, Brunchschänke, Herren- und Damen-Schreibische und Luxusmöbel, Küchen-Einrichtungen, Nähmaschinen usw.

Einzeln Zimmer-Einrichtungen

schon mit einer Anzahlung von Mt. 10,00 an.

Herren- und Knaben-Anzügen und -Paletots

Damenkragen und -Jackets
Manufakturwaren, Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, Portieren

S. Osswald

Erstes und größtes Möbel- und Ausstattungs-Geschäft dieser Art

Magdeburg, Alte Ulrichstrasse 14/15, I. Etage

Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, u. Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung

Nähmaschine, g. näh. f. 20 Mt. zu verf. Bahnhofsstr. 54, v. pr. 5520
Maschinenfrickeret befindet sich Eildraße 8, u. I. Fr. Wolke.

Burg. Bildhauerlehrling verlangt Breitenweg 7.
Freundl. Logis m. Staffer 3 Mt. Pappel-Allee 20, v. b. Knoche.

Verkäuferinnen der Lebensmittelbranche für sofort und später gesucht. Gehalt pro Monat 40-60 Mark. Bed. gute Vorkenntnisse. Vier Wochen Probe u. nicht unter 15 Jahre alt. Schriftl. Meldungen unter Chiffre M 551 Exped. "Volksstimme". 551

Sudenburg.
Wer wirklich reell, gut und billig kaufen will, kaufe nur bei **Wilhelm Stahnke Sutfabrik** 1233
Seldenhüte, Klapphüte (eign. Fabrik). Nur Neuheiten! Plüschhüte, Filzhüte.
Spezialität:
Mägen in jedem Genre. Schirme, Stöcke, Krawatten Pelzwaren-Konfektion.
— Nur erste Fabrikate. —
Reparaturen prompt und billig.
Nur Halberstädterstr. 39a

Auktion. Täglich Annahme von Gegenständen aller Art zur öffentlichen Versteigerung. Abrechnung sofort.
704 **Berthold Wolff**, Auktionator, 14 Schwerfegerstraße 14.

Täglich kommen zum Verkauf
Große Posten moderne Winter-Paletots, Zoppen, Jackett-Anzüge, Gehrock u. Rock-Anzüge, Posen, Kinder-Anzüge sowie sämtliche Arbeiter-Garderobe u. **Schuhen** aller Art für Herren, Damen und Kinder.
705 **B. Wolff**, 14 Schwerfegerstraße 14.

Ein junges Mädchen nicht unter 18 Jahren erhält gute Stellung. Zu erfragen bei **Wilh. Milius**, Schönebeck, Königsstr. 3.
Tinte (Tiefeschwarz) empfiehlt die Buchhdl. Volksstimme.



Trauer-Hüte
Blusen, Kostümröcke
Kreppe, Flore etc.
in grösster Auswahl
Lange & Münzer
51a Breitenweg 51a

Rüchensettel der Magdeburger Volkstische **Gr. Marktstr. 21.**
Mittwoch: Bepfel mit Kartoffeln und Schweinefleisch.
Donnerstag: Sinsen mit Rindfleisch.
Freitag: Schmorhohl mit Schweinefleisch und Kartoffeln.
Sonntabend: Reisuppe m. Rindfleisch

Die Neue Zeit
Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie
erscheint u. a. in Nr. 6 nachstehendes:
Franz Mehring, Nationale Ehre und Verwandtes.
P. Bauer, Marx' Theorie der Wirtschaftskrisen. (Schluß.)
E. Hirsch, Sozialreformer-Kongresse.
Kans Block, Der Abolitionismus.
Adolf Braun, Die Dresdner Städteausstellung.
Literarische Rundschau.
Preis pro Nummer 25 Pfennig
einzelne zu haben in der
Buchhandlg. Volksstimme.

Halberstadt, Stadtpark
Kaiser-Panorama
Geöffnet von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr.
Som 6. bis 12. November:
Dalmatien.

Ortskrankenkasse für die im Haf-, Nagel-, Blech-, Zeng-, Schmiede- u. Klempnergewerbe beschäftigten Personen zu Magdeburg.

Am Montag den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Bürgerhalle“, Knochenhauerufer 27/28 (Eingang Backofstr.)
Ordentl. Generalversammlung
Tagesordnung:
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung 1904.
2. Neuwahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer.)
3. Verschiedenes.
Wilh. Grosskopf, Vorsitzender, Pfälzerstraße 13.
1311

Wahlkreis Henhaldeleben-Wolmirstedt
Sonntag den 13. November, nachmittags 3 Uhr
in Magdeburg im Luisenpark
Spielgartenstraße 1c

Generalversammlung des **Sozialdemokratischen Vereins.**
Tages-Ordnung:
1. Vorstands- und Kassenbericht
2. Bericht der Bezirksleiter.
3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
4. Verschiedenes.
Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
1286 **Der Vorstand.** J. A. Wilh. Ludwig.

Halberstadt. Halberstadt.
Donnerstag den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus

Öffentl. Wählerversammlung
Tagesordnung:
Unsre Stellung zur Kommunalpolitik.
Referenten: Die Genossen **Dr. Crohn, Ferd. Gerlach, Karl Schönfeld** und **Julius Volkmann.**
Die Halberstädter Arbeiterschaft muß an diesem Abend am Platze sein, weil dies die letzte Versammlung vor der Wahlschlacht ist.
Der Einberufer.

Halberstadt. Halberstadt.
Bei der am
Montag den 14. und Dienstag den 15. November stattfindenden

Stadtverordnetenwahl
gebe jeder seine Stimme ab für

Dr. Moritz Crohn
Möbelfabrikant **Ferdinand Gerlach**
Schneidermeister **Karl Schönfeld**
Bauarbeiter **Julius Volkmann.**
Das sozialdemokr. Wahlkomitee.

Magdb. Naturheilverein „Prießnitz“
(Verein für naturgemäße Lebens- u. Heilweise.)
Donnerstag den 10. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale von Richard's Festsaal, Apfelstr. Vortrag des Kurabstellers Herrn H. Thiesmann, Minden, über **Die moderne Erziehung** und ihre Folgen in körperlicher und sittlicher Beziehung. Eintritt für Mitglieder frei, für Gäste 25 Pf. 1306

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangverein
Den Mitgliedern und werten Gönnern des Vereins zur Nachricht, daß die Feier unseres **14. Stiftungsfestes** am Sonnabend den 12. November 1904, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Weissen Hirsches“ stattfindet. Nur mit Karten verfehene Gäste haben Zutritt. 1327 **Der Vorstand.**

Nur noch kurze Zeit! Schluß am 15. November.
Gr. Zirkus
E. Blumenfeld Ww.
Magdeburg.
Heute Dienstag d. 8. November abends 8 Uhr

Gr. Elite-Vorstellung
mit vorzähl. Programm.
Reiten u. Voltig. d. edelsten Pferde d. sehr reich. Artstalls.
Aufstehen der besten Artistinnen und Artisten in ihren Glanzleistungen. **Vorführung des Hugen Hans** als Gedächtnisstück.
Mittwoch den 9. November nachmittags 4 Uhr

Letzte gr. Familien-, Kinder- und Schüler-Vorstellung zu herabgesetzten Preisen und mit ganz vorzähl. Programm mit Vorführung des Hugen Hans.
Abends 8 Uhr
Parade-Vorstellung.
Hochachtungsvoll
Gebr. Blumenfeld, Direkt.

Walhalla.
Große Spezialitäten-Vorstellung
Sackspiel:
Der schlaue Hans
Das lebende, schreibende und rechnende Pferd.

Stadt-Theater.
Donnerstag den 10. November 1904.
Wamzelle Titouche.
Operette in 3 Akten von Hervé. 550

Dankagung.
Für die Beweise innigster Teilnahme beim Begräbnis meiner lieben unvergeßlichen Frau **Marie Blümner** sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten, allen Kollegen der Eisenbahnerei von Schäßler u. Sudenberg und dem Frauen-Sparverein, die den Sarg so reich mit Blumen schmückten und ihr das Geleit zur ewigen Ruhestätte gaben, unsern herzlichsten Dank. Insbesondere Dank dem Herrn Prediger Dr. Höpfer für die trostreichen Worte in der Kapelle und am Grabe der Entschlafenen.
Im Namen der Hinterbliebenen
Karl Blümner
nebst Kindern.

Deutsch-Südwest-Afrika?

Unserm Freunde Paul Schreiber, Bernburgerstr. 13a, senden zu seinem 25. Weigensfest die herzlichsten Glückwünsche. J. Sch., J. W., W. L., P. L.

Dankagung. 549
Für die bewiesene Teilnahme beim Begräbnis unserer lieben Mutter, Groß- und Schwiegermutter, der Witwe **Marie Hobusch**, sagen wir hiermit unsern besten Dank; desgleichen auch dem Herrn Pastor **W. Käfer** für die trostreichen Worte am Grabe der Entschlafenen.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Staubesamt.
Magdeburg, 7. November.
Aufgebote: Lehrer **Verloth Schmidt** hier mit **Anna Elise Berger** in Eggersdorf **Adler Johannes Bergmann** in Minden mit **Wilhelmine Wüder** hier.
Geburten: **Dorothea**, T. des Kriminalschuchmanns **Otto Tempin**, T. des Fleischermeisters **Albert Schumburg**, **Hildegard**, T. des Joboisten **Otto Wiroow**, **Lucie**, T. des Tapez. Herrn **Lauben**, **Benno**, S. des Privatlehrers **Heinz Meber**, **Kurt**, S. des Rohrlegers **Otto Schid**, **Klara**, T. des Pojament. **Paul Herrmann**.

Halberstadt.
Todesfälle: **Wilhelm Kruse**, Direktor, 27 J. 10 Mt. 10 T. Karl, unehelich, 4 T. **Gustav Bierau**, Friseur, 27 J. 1 Mt. 11 T. **Erlt Bester**, Kaufm., 63 J. 3 Mt. 3 T. **Erlt Albrecht**, Hausm., 66 J. 9 Mt. 10 T.

Sudenburg.
Aufgebote: Buchdrucker **Friedr. Wih. Müller** in Berlin mit **Anna Charlotte Hedwig Brind** hier.
Geburten: **Konrad**, S. des Konditors **Ernst Hoffmeister**, **Karl**, S. des Kerndachers **Karl Radde**, **Charlotte**, T. des Straßb.-Schaffn. **Ferd. Amm**, **Paul**, S. des Bierkutschers **Peter Stroczyński**.

Neustadt.
Aufgebote: Schlosser **Heinrich Fröh Pfeiler** in Magdeburg mit **Emma Gerthe** hier.
Geburten: **Fritz**, S. des Schlossers **Friedrich Rauch**, **Elisabeth**, T. des Schmieds **Rudolf Meinke**.

Neustadt.
Todesfälle: **Fritz**, S. des Schlossers **Friedrich Rauch**, 3 T. **Hans**, S. des Arbeiters **Adolf Mittelstedt**, 2 Mt. 21 T. **Witwe Wilhelmine Rehe** geb. **Bredow**, 76 J. 11 T.

Neustadt.
Geburten: **Klara**, T. des Rev.-Dreh. **August Otto**, **Ilse**, T. des Buchh. **Ernst Danneil**, **Hans**, **Joachim**, S. des Sattlermeisters **u. Tapeziers Fritz Stephen**, **Lucie**, T. des Klempners **Konrad Niemann**, **Hedwig**, T. des Schlossers **Paul Wiebig**.

Neustadt.
Todesfälle: **Kurt**, S. des Fischers **Walter Gabriel**, 1 Mt. 29 T. **Karl**, S. des Kaufmanns **Karl Koenig**, 2 Mt. 4 T. **Editha**, T. des Arbeiters **Hermann Schulze**, 25 T.

Neustadt.
Geburten: S. des Barbierherrn **Gustav Hofmann**, **S.** des Bergarbeiters **Richard Strauch**, **L.** unehelich.

Neustadt.
Todesfall: **Schneidermeister Eouard Liebau**, 73 J. 9 Mt. 10 T.

Burg.
Geburten: S. des Töpfers **Hermann Dilling**, **S.** des Vize-mechanikers **Friedrich Schumann**, **S.** des Formers **Julius Fischer**, **T.** des Holzgerbers **Gustav Lütke**, **T.** des Arbeiters **Wag Ballerstädt**, **T.** des Schufabrikarbeiters **Wilhelm Jinge**.

Burg.
Todesfälle: **Witwe des Postkettenträgers Friedrich Förster**, **Dorothee** geb. **Niebo**, 80 J. **Cheräu** des Ueberbürgers **Karl Niebold**, **Amalie** geb. **Berger**, 64 J.

Schönebeck.
Eheschließungen: **Steinhauer Hermann Gustav Martmann** mit **Anna Luise Jänecke** in Nantes. **Fabrikarbeiter Wilhelm Degener** mit **Anna Kirchner**. **Schlosser** und **Monteur Alfred Hofmann** in Leipzig mit **Luise Benter** hier. **Salinenarbeiter Otto Menz** mit **Minna Gehling**.

Schönebeck.
Geburten: **Hans**, S. des Brauers **Paul Krause**, **Heinrich**, S. des Arbeiters **Heinrich Lorenz**.

Deutsch-Südwest-Afrika?

Aus der Parteibewegung.

Ein bedenkliches Wahlkartell haben die Mainzer Parteigenossen abgeschlossen. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet darüber: „Die Delegierten der demokratischen, sozialdemokratischen, freisinnigen und nationalliberalen Partei haben sich bezüglich der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen geeinigt und werden gemeinsam Kandidaten aufstellen, vorbehaltlich der Zustimmung der Generalversammlungen der verschiedenen Parteien.“

Die Adresse des Partei-Archivs ist nunmehr: Berlin SW. 68, Lindenstraße Nr. 69. Ausschließlich dorthin sind von jetzt ab alle Sendungen und Zuschriften für das Archiv zu richten.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 8. November 1904.

Eingestelltes Majestätsbeleidigungsverfahren.

Es geschehen noch Zeichen und Wunder! Kaum ist das staatsanwaltliche Fiasco aus Elberfeld und Solingen nach Gebühr verspottet worden und schon wieder ist ein neues, diesmal aus Magdeburg, zu melden. Im September brachte die „Volksstimme“ nach der — jetzt können wir's verraten — „Köln. Ztg.“ und dem „Berl. Tagebl.“, also Blättern, deren „gute Gesinnung“ kein Staatsanwalt anzuzweifeln wagt, folgende Notiz:

Wilhelm 2. hat sich einen Orden gekauft. Nach einem englischen Blatt hat er den Hoforden des verstorbenen Herzogs von Cambridge erworben. Die Abzeichen waren bei Christie in London kürzlich für 1100 Pfund Sterling versteigert worden, und zwar an einen Herrn aus Hamburg. Wilhelm 2. soll jetzt 1300 Pfund Sterling dafür bezahlt haben.

Darauf wurde nach wenigen Tagen unser verantwortlicher Redakteur Genosse Albert vor den Untersuchungsrichter zitiert, der ihm mitteilte, daß der Staatsanwalt in der fraglichen Notiz eine Majestätsbeleidigung erblicke. In Magdeburg darf man sich bekanntlich über nichts wundern und so nahmen wir denn auch dies „Verhängnis“ resigniert hin, harrend der Hauptverhandlung, die uns verraten sollte, worin denn eigentlich die Majestätsbeleidigung liege. Aber unsere Freude war wieder einmal verfrüht. In Sachsen läßt man Majestätsbeleidiger noch vor Ablauf ihrer Strafe laufen und uns gönnt man nicht das kleinste Vergnügen. Gestern erhielt Genosse Albert folgendes Schreiben des Ersten Staatsanwalts:

Nachdem Sie in dem Vorverfahren wegen Majestätsbeleidigung am 1. Oktober 1904 als Beschuldiger richterlich vernommen worden sind, setze ich Sie hierdurch in Kenntnis, daß ich die Einstellung des Verfahrens gegen Sie verfügt habe.

Im Auftrage:
Hildebrand.

In einer Zeit, wo ein 13-jähriges Kind wegen Majestätsbeleidigung verdonnert worden, ist solch ein staatsanwaltlicher Schreibebrief mindestens so interessant wie ein weißer Elefant.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

Allorten feiern unsere Genossen dieser Tage frohe Gemeindevahlstage, zuletzt in Leipzig, wo ihnen das Dreiklassenwahlrecht wenigstens in der untersten Klasse kräftige Vorstöße zu machen erlaubt. Durch solche Erfolge wird mindestens bei den bürgerlichen Stadtverwaltungen das Verantwortlichkeitsgefühl geschärft und die Nötigung zu Zugeständnissen an die Bedürfnisse der kleinen Leute gegeben. Außerdem zieht mit jedem sozialdemokratischen Stadtverordneten mehr ein Stück freien Geistes in die städtische Regierung ein und die bisherigen Kämpfer für das Gemeinwohl in den Stadtparlamenten erhalten materielle und moralische Unterstützung, die für sie sehr wertvoll ist. Nirgends tritt so sehr, als gerade bei unserer Tätigkeit in der Gemeindeverwaltung, selbst für den politisch ungeschickten Mann die Tatsache heraus, daß wir keine Klassenpartei im Sinne des bekannten bürgerlichen Vorwurfs sind, sondern daß unsere Vertreter für die Geltung der Intelligenz und des Fortschritts überhaupt nicht bloß für die Arbeiter, sondern für alle Unterdrückten und sozial Abhängigen bis weit in den Mittelstand und die bestgestellten Kreise hinein wirken. Man darf ruhig sagen, daß die zeitgemäße Entwicklung aller der großen und der kleinen Gemeinden heute davon abhängt, ob und wieviel Sozialdemokraten bei ihrer Verwaltung mitzusprechen haben.

Unsere „Utopien“ können daran nicht schuld sein, denn wir können nichts von ihnen in der Gemeindeverwaltung verwickeln. Daß sich uns die Gunst der Wähler dort zuwendet, wo die Volksfrömmigkeit bei der Gemeindevahl zum Ausdruck kommen kann, muß an andern liegen. Wir haben offenbar in Gemeindefragen mehr als andre Parteien das Vertrauen der Bevölkerung. Dieses aber erwächst aus unserm ehrlichen Streben, die Schranken zu beseitigen, mit denen die bürgerlichen Parteien Stadtverwaltung und Bürgerschaft von einander zu trennen bemüht sind. Die Stadtverwaltung soll angeblich hoch und majestätisch über dem Volke thronen, damit sie unbeirrt von der Parteien Gaf und Gunst ihren Segen entfalte. In Wirklichkeit wird der tiefe Graben um die Rathäuser gezogen, damit eine kleine Clique Bescheidender desto ungestörter ihre sehr wenig majestätischen Geschäfte dort treiben kann.

Weil die Sozialdemokratie diese unnatürliche Trennung von Stadtregierung und lebendem Gemeindeförpser aufheben und die natürliche Verbindung zwischen beiden wiederherstellen will, hat und gewinnt sie das Vertrauen der Gemeindevähler. Es leuchtet schließlich selbst dem Gleichgültigsten ein, daß die Bürgerschaft mit ihren Schmerzen wie mit ihrem Wohlsein nicht für die Stadtregierung, sondern die Stadtregierung für die Bürgerschaft da ist. Die bürgerliche Selbstverwaltung wird erst durch die Sozialdemokratie wieder lebendig, die Machthaber waren auf dem besten Wege, sie zu töten. Aus der kleinen Zelle des Gemeindeförpser priesen wohlthätige Keime für das ganze Staats- und Wirtschaftsleben, seitdem die Sozialdemokratie in ihr wirkt.

Nur noch 14 Tage trennen uns von dem Zeitpunkte, an dem die Magdeburger Arbeiterchaft berufen ist, bisher innegehabte Stadtverordnetenmandate gegen das Bürgerium zu verteidigen und in der Altstadt einen neuen Ansturm auf den bürgerlichen

Westh zu unternehmen. Mähe jeder die Zeit zu eifriger Agitation und Sorge dafür, daß die Wahltag zu Ehrentragen des Magdeburger Arbeiterchaft werden.

Am Donnerstag finden in Sudenburg („Berbster Bierhalle“) und Neue Neustadt („Wesker Tisch“), am Freitag in der Alten Neustadt („Zur Krone“) Versammlungen statt, die sich mit den Sünden des Herrschenden Magdeburger Stadtreiments beschäftigen werden. Referenten sind die Genossen Ritzsch, Brandes und Landsberg.

Agitiere jeder für den Besuch dieser Versammlungen.

Wo alles liebt, kann Karl Fajhauer, seines Zeichens „Chefredakteur“ der „Sachsenschau“ und Förderer des Bundes deutscher Reformen Wohlfarth-Zimmermannscher Observanz, nicht hassen; das hat die am Montagabend nach dem „Sofjäger“ einberufene und von Herrn Fajhauer in eigener Person geleitete Versammlung der „Deutschen Reformpartei“ bewiesen.

Nach einem Referat des Herrn Zimmermann über den russisch-japanischen Krieg, über Großkapitalismus, Siberia, Nicaragua u. a. gab Herr Fajhauer der mächtig besuchten Versammlung einige „Hinse“ für die demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahlen, die wir der Vollständigkeit wegen unsern Lesern nicht vorenthalten wollen.

Herr Fajhauer also, der Inentwegte, der noch im Jahre 1902 den Antisemiten strikte Wahlenthaltung empfahl, schilberte zunächst die Veränderung, die sich im hiesigen Stadtparlament vollzogen. Früher hätten dort die Freisinnigen den Nationalliberalen gegenüber gestanden. Durch das Einbringen der Sozialdemokraten sei das anders geworden. Ein Teil der Freisinnigen hätte sich zu den Sozialdemokraten, ein anderer Teil zu den Nationalliberalen geschlagen. Jetzt ständen sich dort die Vertreter des Bürgeriums und die der Sozialdemokratie gegenüber. Durch den bedeutenden Stimmengewinn, den die Sozialdemokratie nach und nach erhaltene, hätten die bürgerlichen Vereine sich geeinigt und dem drohenden Ansturm von links eine gemeinsame Liste von Vertretern des Bürgeriums für die dritte Abteilung entgegengesetzt.

Da die deutschen Reformen bis jetzt noch keine Erfolge erlangt hätten, so empfahle er den Anwesenden, wenn auch mit schwerem Herzen, für diese Kandidaten geschlossen einzutreten. Man müsse eben von zwei Übeln das kleinere wählen. Er wisse zwar, daß viele seiner Gesinnungsgenossen s. B. mit der Kandidatur des Herrn Börner nicht einverstanden seien, aber es ginge im vorliegenden Falle nicht anders. Seine, Herrn Fajhauers, Stimme bekäme Herr Börner nicht. Weil Herr Odegar früher einmal gegen eine zu errichtende Markthalle gestimmt und dadurch das Großkapital bekämpft, könne man ihm ruhig die Stimme geben. Mit Herrn Danaworth sei zwar nicht viel los, aber man müsse ihn mit in Kauf nehmen. Herr Starke sei zwar freisinnig, aber Vermunftsgründen zugänglich. Von Herrn Rohland und Kobelt erwarte man, daß sie die Interessen des Mittelstandes vertreten. Damit war die Empfehlung der Kandidaten, über die diese selber nicht sonderlich erbaute sein werden, beendet. Während Herr Fajhauer die Kandidatur des Herrn Köber in der zweiten Abteilung für einen Mißgriff hält, tritt als einziger Diskussionsredner Herr Sandquist als Vertreter der Mittelstandsvereinsigung für die Kandidatur Köber ein.

Mit der Mitteilung, daß im Dezember 20 000 Flugblätter, die sich gegen die Konsumvereine und Warenhäuser richten sollen, verbreitet werden, schloß Herr Fajhauer um 10 1/2 Uhr die Versammlung.

Anführen wollen wir noch, daß Herr Zimmermann, mit Bezug auf die Wahl im Kreise Jerichow, der Meinung ist, die „Deutsche Reformpartei“ käme dort mit der Sozialdemokratie in die Stichwahl.

Zum Konflikt der Metallarbeiter bei Sommermeyer u. Co. ist eine Aenderung noch nicht eingetreten. Zwei Schloffer haben angefangen, die früher dort beschäftigt waren, Fritz Mölle und Grafau, der das Weite suchte, weil seine angefangenen Schränke verpufft waren, und Bernhard Wiggell, der wegen „zu großen Fleißes“ mit Schmeichelnamen „Fauler Bengel“ usw. von Herrn Giffroy hinauszubürstet wurde. Bemerkenswert ist, daß Wiggell gestern auf dem Verbandsbureau der Metallarbeiter Herrn Giffroy denunzierte, weil er ihnen mitgeteilt, er habe Weisung gegeben, daß keiner der von ihm Ausgesparten anderweitig in Arbeit genommen werde. Für die Richtigkeit seiner Angaben brachte er noch drei Zeugen mit, die ihre Absessen abgaben. Danach ist Herr Giffroy mit den Schadenhaftbar zu machen, den die Leute während ihrer Aussperrung haben. Das wird eine ganz vernünftige Lektion für den Herrn werden, die ihm mit uns und der Arbeiterchaft auch alle objektiv Denkenden aus bürgerlichen Kreise gönnen. Sie bestätigen, daß die Entlassenen richtig gehandelt haben.

Jar Gasenarbeiterbewegung. Eine öffentliche Gasenarbeiterversammlung beschäftigte sich gestern abend mit der Arbeitseinstellung bei der Firma Herm. Schulz u. Co. (Magistratsstraße Budau). Den Bericht der Kommission über die Verhandlungen mit der Firma gab Decker. Er teilte mit, daß nach Ansicht der Firma die Hauptschuld an der ganzen Sache dem Arbeiter Chr. R. zugeschrieben werden müsse, der sich, trotzdem er den Auftrag dazu erhalten, keine Mühe gegeben habe, Leute für die Firma zu finden. Diese Behauptung wurde als irrig zurückgewiesen und konstatiert, daß R. überhaupt keinen derartigen Auftrag erhalten habe. Die Auffassung der Herren beruhe auf einer ganz falschen Berichterstattung seitens des Ufermeisters Feuerst. Die Firma habe gar keine Ursache gehabt, auf die Herren Fr. Rother und Bessin zurückzugreifen, da hinreichend andre Kräfte zur Verfügung gestanden hätten. Die Arbeiter hätten alle Ursache, mißtrauisch zu sein, da die Herren Firmeninhaber selbst konstatiert hätten, daß sich Rother und Bessin gelegentlich billiger angeboten und somit die Wahrscheinlichkeit nahe lag, daß Rother und Bessin als Lohnrücker benutzt werden sollten. Die Arbeitseinstellung erscheine somit vollkommen berechtigt. Als besonders bemerkenswert müsse noch hervorgehoben werden, daß sich der früher so überadiale Franz Rother große Mühe gebe, selbst unter Vorpiegelung falscher Tatsachen Arbeitseinstellung zu finden.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen wurde auch das Gebaren der Firma Hermann Dietz gekennzeichnet, die ihren Getreidearbeitern ebenfalls 50 Pf. pro 10 000 Kilogramm abgezogen habe. Am meisten habe es die Ar-

beiter empört, daß der Vorarbeiter Richter den fünften Teil von dem gemeinsam verdienten Lohn allein erhalten solle. Beschlossen wurde, an der Arbeitseinstellung bei der Firma Herm. Schulz u. Co. festzuhalten. Ob sich der Streik auch noch über andre Ausladegebiete ausbreiten soll, soll einer Mitgliederversammlung zu beschließen überlassen bleiben.

Ueber die Warenhaussteuer. In Halle ist die Einführung einer besonderen Gemeinde-Gewerbesteuer für Warenhäuser, Wafare usw. in Anregung gebracht worden. Bürgermeister v. Hölly übersendet nun den größeren Stadtverwaltungen einen gedruckten Bericht über das Ergebnis der von ihm zu diesem Antrag angestellten Ermittlungen. Er erinnert daran, daß das preussische Gesetz vom 18. Juli 1900 über die Warenhaussteuer in der ausgesprochenen Absicht erlassen sei, eine übermäßige Entwicklung der großen Warenhäuser zurückzuhalten und den unter der drückenden Konkurrenz leidenden kleineren und mittleren Detailgeschäften einen staatlichen Schutz zu gewähren. Die auf das Gesetz gefolten Hoffnungen seien aber nur in sehr geringem Maße in Erfüllung gegangen. Auch von der angeregten Gemeinde-Warenhaussteuer verspricht sich der Verfasser nicht viel, er kommt vielmehr zu dem Urteil: „daß sie trotz ihrer allgemein rechtlichen Zulässigkeit einer solchen Fülle von Schwierigkeiten und Beschränkungen unterworfen ist, daß sie im Gebiete des preussischen Kommunal-Abgabengesetzes keinen Erfolg verspricht, jedenfalls aber den beabsichtigten Zweck eines Schutzes der kleinen und mittleren Geschäfte ebensowenig wie die Staats-Warenhaussteuer erreichen wird.“ Von großem Interesse ist das statistische Material, welches der Bericht über die Verwendung des Steueranfallkommens aus der nach dem Gesetze vom 18. Juli 1900 veranlagten Warenhaussteuer beibringt. Nach Ausweis der Nachweisung hat die Verwendung des Steueranfallkommens eine nennenswerte Wirkung überhaupt nur in den Gemeinden veranlaßt, in denen, wie z. B. in Berlin, Magdeburg, Charlottenburg, Dortmund, Essen und Königsberg das Einkommen lediglich zur Erleichterung der 4. Klasse benutzt worden ist, indem dort Ermäßigungen um 8—12—24—46 und selbst 50 Prozent vorgenommen werden konnten. Wo aber, wie in den meisten Gemeinden, beide Steuerklassen gleichmäßig berücksichtigt worden sind, bewegt sich der Erlaß durchschnittlich zwischen 0,8 und 15 Prozent und betrug z. B. in Halle im Jahre 1902 = 2 Prozent, so daß die Aufkosten der Verteilung fast einen höheren Betrag erreichten, als das Steueranfallkommens ausmacht. Über selbst da, wo eine Ermäßigung der Gewerbesteuer der 4. Klasse bis zu 50 Prozent eintrat, ist dadurch der Wettbewerb dieser Steuerzahler gegen die Warenhäuser nicht gefördert worden. In Berlin betrug 1903 das Aufkommen an Warenhaussteuer 717 658 Mark, in Frankfurt a. M. 58 556 Mark. Davon wurden 50 Prozent der 4. Gewerbesteuerklasse sowie 8 Prozent der Handwerkskammerbeiträge in Klasse 4 und 3 gedeckt.

Uebereiferen wurde am Montag mittag im Langenweg in Sudenburg der 8-jährige Sohn des Arbeiters Kiehlung. Der Junge erlitt eine nicht unerhebliche Beschädigung der Kräfte. Der Verletzte mußte nach der elterlichen Wohnung getragen werden.

Vollständliche Vorlesung. Am Mittwoch den 9. d. M., abends 8 1/2 Uhr, wird Herr Rektor Stumvoll den 6. Vortrag der öffentlichen vollständigen Vorlesungen aus den Gebieten der Wissenschaft und Kunst in der Aula der Augustasthule, Bismarckstraße 5, halten. Er wird über „Das Magdeburger Innungswesen“ sprechen. Der Besuch des Vortrags ist unentgeltlich. Jeder Erwachsene hat Zutritt. Der Vortrag beginnt, worauf wir noch besonders hinweisen, pünktlich zur festgesetzten Zeit.

Letzte Nachrichten.

Aus und über Innsbruck.

Hd. Innsbruck, 8. November. Die Stadt zeigt das gewöhnliche Gepräge. Es herrscht vollste Ruhe. Die Trauerfahnen sind wieder abgenommen worden. Gestern abend fand die Versammlung der Sozialisten statt, in der die kürzlichsten Ereignisse erörtert wurden. Vor der italienischen Fakultät wurden gestern Schutthausen weggeräumt; mit inneren Renouveau über bereits begonnen, doch dürften diese Wochen in Anspruch nehmen. Der Sozialistenführer Dr. Battist, Mitglied des Trienter Gemeinderats, befindet sich unter den Verhafteten.

Hd. Wien, 8. November. Eine von 4000 Personen, meist Studenten, besuchte alldeutsche Protestversammlung gegen die Innsbrucker Vorgänge forderte die sofortige Schließung der italienischen Fakultät in Innsbruck und forderte die deutschen Abgeordneten auf, im Parlament den Standpunkt zu vertreten, daß den Italienern überhaupt keine Anwartschaft gebühre, ferner die Regierung auf das entschiedenste zu bekämpfen, deren deutschfeindlicher Charakter offenkundig sei. Nach Schluß der Versammlung zog ein Teil der Versammlungsteilnehmer vor das Ministerium des Innern und brach in Ausrufungen für Körper aus. Die Demonstration dauerte nur wenige Minuten, da ein starkes Polizeiaufgebot die Demonstranten gestoppte.

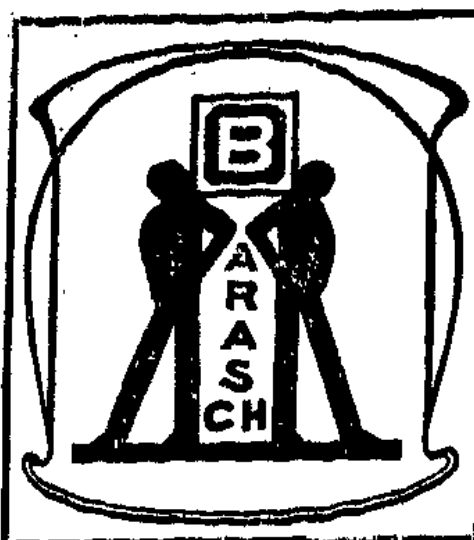
Hd. Prag, 8. November. Die tschechische Studentenschaft beschloß eine Sympathiebewegung für die italienische Studentenschaft in Innsbruck zu veranstalten. Der tschechische Abgeordnete Barga richtete namens seiner Partei an die Innsbrucker italienische Studentenschaft folgendes Telegramm: „Wir sprechen Ihnen in Ihrem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind unsere Sympathie aus und verurteilen aufs schärfste die deutsche Unverträglichkeit.“

Hd. Rom, 8. November. Die durch die Wahlbewegung hervorgerufene Reaktion gegen die Innsbrucker Vorgänge scheint langsam in Fluß zu kommen. Ein hiesiger irredentistischer Verein hat schon eine heftige Proklamation, in der zum Protest und zu einer Demonstration aufgefodert wird. Auch schickte der römische Abgeordnete Barzilai eine geharnischte Interpellation an das Kammerpräsidium. Zum Glück sind noch Universitätsferien, es fehlen also die gewöhnlichen Hauptsteine einer politischen Kundgebung.

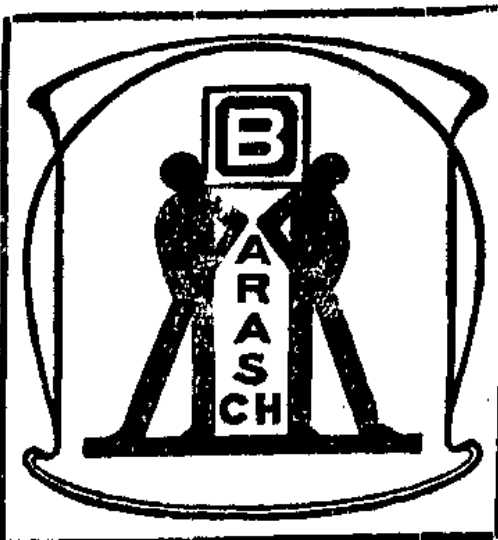
Die italienischen Wahlen.

Hd. Rom, 8. November. Die „Tribuna“ faßt das Ergebnis der Wahlen dahin zusammen, die Opposition sei demagisch, die Republikaner seien ebenfalls zerprengt. Die Sozialisten verloren mehrere ihrer hervorragenden Führer. „Abanti“ schreibt dagegen, daß trotz des Mißerfolgs in Mailand die Sozialisten ihre Position behaupten würden. „Giornale d'Italia“ bezeichnet die Niederlage der aufstrebenden Elemente in Norditalien, wo die jüngsten Ausstände stattgefunden haben, als eine vollständige.

Presse-Kommission! Freitag abend 8 1/2 Uhr Sitzung bei W. Vater, Knochenhauerstraße 27-28.



Warenhaus Gebr. Barasch



Dienstag

extra billige Lebensmittel-Tage

Mittwoch

Konserven

Stangenspargel stark	2 Pfund-Büchse	1.40
Stangenspargel stark	1 Pfund-Büchse	80 Pf.
Stangenspargel dünn	2 Pfund-Büchse	95 Pf.
Stangenspargel dünn	1 Pfund-Büchse	52 Pf.
Schnittbohnen	1 Pfund-Büchse	18 Pf.
Gemüse-Erbisen	2 Pfund-Büchse	44 Pf.
Erbisen	1 Pfund-Büchse	50 Pf.
Erbisen fr. junge	2 Pfund-Büchse	90 Pf.

Weissweine

Moselblümchen	1/2 Flasche	60 Pf.
Niersteiner	1/2 Flasche	60 Pf.
Scharzberger	1/2 Flasche	1.05
Liebfrauenmilch	1/2 Flasche	1.25
Steinberger Kabinett	1/2 Flasche	3.20

Rotweine

Medoc Cantenac	1/2 Flasche	70 Pf.
Ch. Leoville	1/2 Flasche	1.20

Südweine

Portwein	1/2 Flasche	1.20
Sherry	1/2 Flasche	1.20
Madeira	1/2 Flasche	1.20

Brühwürstchen	Paar	7 Pf.
Corned beef	1/4 Pfund	20 Pf.

Fisch-Konserven

Hering in Gelee	große Dose	60 Pf.
Bismarck-Heringe	große Dose	62 Pf.
Bismarck-Heringe	1/2 Dose	44 Pf.
Roll-Heringe	ovale Dose	58 Pf.
Lachs in Gelee	runde Dose	95 Pf.
Aal in Gelee	runde Dose	95 Pf.
Kronen-Hummern	1/4 Dose	1.85
Kronen-Hummern	1/2 Dose	98 Pf.

Obst!

Essäpfel	1 Pfd. 6 Pf.	10 Pfd. 55 Pf.
Kochbirnen	1 Pfd. 6 Pf.	10 Pfd. 55 Pf.

Obst!

Gold-Parmänen	Pfund	7 Pf.
Reinetten	Pfund	7 Pf.

Besondere Offerte.

Hochfeine Anzüge und Paletots
nach Maß bekommen Sie am besten und billigsten in der Maß-
Abteilung des Konfektionshauses von
Richard Kaiser, Gr.-Ottersleben
Großes Lager in modernen Stoffen.
Habe durch Empfehlungen fast alle Tage in Magdeburg zu tun.
Ich habe keine Unkosten, die ich erst draußschlagen muß,
daher so billig. 1230

Wilhelm Wiemer

Inhaber:
Grützkau & Götze
Peterstraße 17
Abteilung für
Möbel in mittleren Preislagen.
Bedeutende Auswahl.

Zwei wohlfeile Einrichtungen

1 Kleiderschrank in Birke	62.—	1 Kleiderschrank in echt Nußbaum	60.—
1 Vertiko in Birke	62.—	1 Vertiko	60.—
1 Spiegel, 1/2 echt	14.—	1 Spiegel, nußb. furniert	15.—
1 Spiegelgipf	31.—	1 Spiegelgipf	30.—
1 Sofa in Moquett, pa. Arbeit	51.—	1 Sofa in Plüsch	72.—
4 Stühle, imit., à 6.—	24.—	1 Sofatisch, nußb. furniert	17.50
2 Bettstellen, imit., à 13.—	26.—	4 Stühle, imit. nußb., à 5.—	20.—
2 Matragen, pa. Arbeit, à 24.—	48.—	2 Bettstellen, extra stark, Ekl. pol., à 16.—	32.—
1 Küchenschrank, 110 cm breit	28.50	2 Matragen, pa. Arbeit, à 24.—	48.—
1 Küchentisch	7.50	1 Küchenschrank mit Mischel	29.—
1 Küchenschrank gratis		1 Küchentisch	7.50
2 Küchenstühle, à 2.75	5.50	1 Küchenschrank gratis	
		2 Küchenstühle, à 2.75	5.50
			396.50

Heinrich Reinecke
13 Markt 13
empfehlte seine
Schuhwaren
zu billigen, streng festen Preisen.
Hilfsschuhe und Pantoffel, Gummischuhe in
großer Auswahl. Reparaturen schnell u. billig.

Genossen, Arbeiter u. Arbeiterinnen!
Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die
Inserate in heutiger Nummer! . . .

Konsum-Verein Neustadt
führt in allen Verkaufsstellen
Kluges Patent-Seifensalmiak
Bestes, modernes, bequemes, in vielen
Krankenkäusern ausschließliches
Waschmittel, reinigt die Wäsche
durch Kochen. 1175

Kinderwagen
neu! hochlegant!
unverwundlich und
beispiellos billig, weil
direkt v. der ältesten,
größten sächsischen
Kinderwagenfabrik
i. Freiberg, Gröna 215
neu! Katalog/Dem. Kat.
gratis. Sage beim Ka-
ufen, woher, oder gegen Bar mit 10%
Rabatt, od. bequeme Teilzahl! gewünscht.

Strafbar

ist jede Nachahmung unserer
Stärkenpferd - Lilienmilch - Seife
v. Bergmanns Co., Rabenau - Dresden
allein echte Schutzmarke: Stärkenpferd.
Diese Seife erzeugt ein zartes, reines
Gesicht, rosiges jugendfrisches
Aussehen, weiße samtweiche
Haut und blendend schönen
Leint. à St. 50 Pf. bei 2377
Victoria-Apothek, Kaiserstr. 94b,
Löwen-Apothek, Alte Markt 22,
Hirsch-Apothek, Breitweg 121,
Max Kühn, Annastrasse 1,
H. Jentzsch, Alte Markt 28.

Puppenperücken, Zöpfe
sowie Haarunterlagen fertig bil-
ligst an **G. Alsdorf, Lübeckerstr. 38.**
Anlauf von ausgefallnem Haar.

Nicht mehr Endelstr. 31
sondern Civenstedterstraße 28
befindet sich der Verkauf von Mi-
litartheilen. Nr. 28, part., kein Laden.

Uhren werden bill. repariert
Taschenuhr reinigen
1 Rtl., Feder einjes
1 Rtl. Merker, Rotkeßstr. 27/28.
1 sehr schön. Plüschsofa, 1 roth
Stoffsofa, 2 Bettstell. m. Matr.
sehr billig. Jakobstr. 35, 2 Tr. 529

**Unterröcke
Schürzen**
in größter Auswahl
Bazar-Magdeburg
Jakobs- u. Peterstraße-Edt.
Filialen: Budau, Thienstr. 1;
Sudenburg, Halberstädterstr.;
Wilhelmstadt, Annastraße 2;
Neue Neuhadt, (F. Brillen)
Lübeckerstraße. 949

Sudenburg.
Jeden Mittwoch 760
frische Wurst
Sonnabend u. Sonntag
Knoblauchwurst
Fr. Goeseke,
Kurfürstenstraße 32.

Zahn-Atelier
Richard Sass 1209
56 Breitweg 56.
Leistung gestattet.
Woche 1 Mark (ohne Preis-
erhöhung).
Strengste Discretion zugesichert.
Zahnziehen schmerzlos.

Burg.
Schlachte wieder
und empfehle sämtliche Fleisch-
und Wurstwaren 1288
F. Schickerling, Schulstraße 43.

Neuheit! Fraktions-Bilder.

à 10 Pfg.
Buchhandlg. Volksstimme
Gänse 1257
Gänsefleisch
Gänsekeim
Gänseflomen
Gänsepökelfleisch.
Sehr zu empfehlen
Breslauer Wurst
zum Warmessen
Pfd. 60 Pf.
Lungenwurst
à Stk. 5 Pf.
Wochenmarkthand
gegenüber der Fisch-
handlung Weije.

Rosches Restaurant
Sudenburg, Braunschweigerstr. 2a.
Heute sowie jeden Mittwoch
Preis-Statspiel
Jeden Sonnabend 553
Prämien-Billardspiel
und Preis-Statspiel.

Wenig gebrauchte Nähmaschinen
zum Preise von 25-60 Rtl.
Neue Nähmaschinen aller Systeme
unter Garantie
in billiger Preislage.
A. Rose, Breitweg 264
(Scharnhorstplatz).
Bestes seit 1865 betrieb. Geschäft dies. Branche.
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen
aller Art zu billigsten Preisen. 1211